

# Gemeinsam die Zukunft Hannovers gestalten



Wahlprogramm der SPD Hannover 2006-2011



## **IMPRESSUM**

SPD-Stadtverband Hannover  
Kurt-Schumacher-Haus  
Odeonstr. 15/16  
30159 Hannover

Tel.: 0511/1674-240  
E-Mail: [hannover@spd.de](mailto:hannover@spd.de)  
Internet: [www.spd-hannover.de](http://www.spd-hannover.de)

Druck: Eigendruck

Redaktion:  
Ralf Borchers  
Ulrike Bittner-Wolff  
Klaus Brauer  
Walter Meinhold (V.i.S.d.P.)  
Gesa Schirmmacher  
Stefan Schostok

## Wahlprogramm der SPD Hannover

# Gemeinsam die Zukunft Hannovers gestalten

I. Was wir erreicht haben!	2
II. Die Herausforderungen für die Zukunft Hannovers	3
Wirtschaftlicher Strukturwandel und Globalisierung	
Demografischer Wandel und Integration	
III. Unsere Schwerpunkte für die nächsten fünf Jahre	6
IV. Unser Programm	
1. Starke Wirtschaft, starker Standort	7
2. Familienfreundliche Stadt	14
3. Hannover bildet	20
4. Soziale Stadt	24
5. Internationale Stadt	30
6. Lebenswerte Stadt - lebenswerte Stadtteile	34
7. Offene Gesellschaft und bürgerschaftliches Engagement	39
8. Sportstadt Hannover	41
9. Vielfältige Kultur in Hannover	43
10. Unsere Politik für Klima und Umwelt	44
11. Solide Stadtfinanzen	48
12. Verwaltungsreform	50

# I. Was wir erreicht haben!

Wir haben in den vergangenen fünf Jahren eine nachhaltige Stadtentwicklung auf allen Ebenen verwirklicht, einen konsequenten Sparkurs der Haushaltskonsolidierung betrieben und gleichzeitig langfristige Investitionen in die Zukunft Hannovers vorgenommen. Die positiven Ergebnisse sind in allen Stadtteilen sichtbar:

1. Mit der Gründung von hannoverimpuls - der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft der Landeshauptstadt und der Region Hannover - haben wir die Basis für eine vorausschauende Entwicklung der wichtigsten Zukunftsbranchen in Hannover gelegt. Mit einer Ausbildungsinitiative haben wir die Chancen Jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt konkret verbessert.
2. Mit dem Umbau des Niedersachsen-Stadions zur AWD-Arena haben wir Hannover als Sportstadt und Standort für attraktive Großereignisse gestärkt und Hannover erfolgreich als Austragungsort der FIFA-Fußball-WM profiliert.
3. Wir haben die Zahl der Kita-Plätze (Krippe, Kindergarten und Hort) deutlich aufgestockt: Inzwischen stehen rd. 18.400 Kita-Plätze zur Verfügung. Damit gehört Hannover zur Spitzengruppe unter den westdeutschen Großstädten. Mehr als 40% der Kinder besuchen unsere Einrichtungen beitragsfrei.
4. Wir haben seit dem Jahr 2000 rund 150 Mio. Euro für Schulsanierung bereit gestellt und damit rd. 75 Schulen im Stadtgebiet saniert oder teilsaniert.
5. Wir haben im Rahmen des Bundesprogramms „Soziale Stadt“ in die Sanierung der Stadtteile Hainholz, Mittelfeld und Vahrenheide insgesamt 30 Mio. Euro investiert, um Wohnungen zu sanieren und Mittel für begleitende soziale Projekte zur Verfügung zu stellen.
6. Mit zentralen Projekten wie z.B. dem Bau der Niki-St.Phalle-Promenade, der Neugestaltung des nördlichen Bahnhofsbereichs, den Entscheidungen zum Bau des ECE-Zentrums und der Wiederbelebung des Ihmezentrums mit städtischer Unterstützung haben wir Hannovers Attraktivität als Einkaufstadt gestärkt.
7. Wir haben gezielt neue Wohngebiete für Familienwohnen erschlossen: Dazu gehören z. B. den Lister Blick, das Gilde-Carrée, den Seelhorster Garten. Planerisch in der Vorbereitung sind die Wasserstadt Limmer und die Passivhaussiedlung In der Rehre.

8. Wir haben das EXPO-Gelände mit gezielten Ansiedlungen wie z.B. mit BMW, IKEA und als Multimedia-Standort weiter entwickelt.
9. Wir haben einen konsequenten Kurs der Haushaltssanierung verfolgt und den Haushalt im Rahmen des 5. Konsolidierungsprogramms um rd. 90 Mio. € entlastet. Städtische Dienstleistungen haben wir auf hohem Niveau gesichert und weiterentwickelt. Mit der Gründung von Fachbereichen und der Einsparung von zwei Dezernaten haben wir die Verwaltung deutlich gestrafft und verschlankt.
10. Wir haben unsere Anstrengungen im Klimaschutz verstärkt und u. a. den Proklima-Fonds mit einem Volumen von jährlich 5 Mio. Euro unbefristet verlängert.

## II. Die Herausforderungen für die Zukunft Hannovers

### Herausforderung: Wirtschaftlicher Strukturwandel und Globalisierung

Die fortschreitende Globalisierung und der damit einhergehende internationale Kostenwettbewerb stellen auch für Hannover eine große Herausforderung dar.

Dies trifft vor allem die in Hannover ansässigen Industrieunternehmen. Allein seit 1998 sind in der Region Hannover rund 10.000 Industriearbeitsplätze durch Rationalisierung und Standortverlagerung verloren gegangen. Inzwischen arbeiten nur noch rund 18 % der Beschäftigten in der Region Hannover in Industrieunternehmen. Gleichzeitig sind jedoch 17.000 neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor entstanden.

Im Wettbewerb der Regionen um Unternehmen und Arbeitsplätze können Stadt und Region Hannover nur gemeinsam mit ihren Stärken bestehen. Deshalb war die Gründung der Region ein für die zukünftige Entwicklung bedeutsamer Schritt.

In Zukunft wird es noch stärker als bisher darauf ankommen, sich vor allem mit innovativen Produkten, mit Forschungs- und Entwicklungs-Know-how, mit besonderen Dienstleistungen oder mit besonderer Servicequalität zu behaupten. Wir wollen diesen Weg zusammen mit den Unternehmen, den Hochschulen und anderen Kompetenzträgern in der Region gehen.

Die SPD erwartet aber auch, dass sich die in Hannover ansässigen Unternehmen zum Standort Hannover und zur Verantwortung für Ihre Beschäftigten bekennen und ihre Verantwortung wahrnehmen. Arbeitsplätze, die am Standort Hannover rentabel sind, dürfen nicht aus unternehmerischer Willkür und Profitstreben geopfert werden! Arbeit ist und bleibt Voraussetzung

für gesellschaftliche Teilhabe. Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit zerstören dagegen den gesellschaftlichen Zusammenhalt – auch in einer Stadtgesellschaft.

Hannover hat sich in den vergangenen Jahren zu einem starken Dienstleistungsstandort entwickelt. Inzwischen arbeiten rund 75 % der hannoverschen Beschäftigten im Dienstleistungsbereich. Hannover ist vor allem bei den unternehmensnahen Dienstleistungen, beim Handel, im Gesundheitswesen und in den Bereichen Verkehr und Logistik stark. In diesen Branchen liegen auch die wichtigsten Wachstumspotenziale, die wir mit strategischen Initiativen nutzen und ausbauen wollen.

Ein wichtiger Standortfaktor sind qualifizierte Arbeitskräfte. Als Hochschul- und Wissenschaftsstandort mit rd. 40.000 Studierenden aller Fachrichtungen bietet Hannover ein besonderes Potenzial an gut ausgebildeten Fachkräften und für einen direkten Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen. Daneben wird es jedoch darauf ankommen, auch die Ausbildung in den Betrieben zu sichern und die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss und Berufsausbildung zu verringern.

Schon heute sind vor allem gering Qualifizierte ohne abgeschlossene Berufsausbildung und ältere und behinderte Beschäftigte die Verlierer des Strukturwandels. Vor allem sie sind von Entlassung und Arbeitslosigkeit bedroht. Neue Beschäftigungsperspektiven z.B. in anderen Branchen fehlen. Wir wollen im Rahmen einer engagierten kommunalen Arbeitsmarktpolitik dazu beitragen, diesen Menschen neue Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen. Die Selbstverpflichtung der Kommunen, die Beschäftigungsquote von 6% für Menschen mit Behinderung beizubehalten, kann dabei Vorbildfunktion für andere Bereiche des Arbeitsmarktes haben.

Dazu gehört auch, die Leistungsfähigkeit der vielen qualifizierten Frauen zu nutzen und die Erwerbsbeteiligung von Frauen und ihre Teilhabe an qualifizierter Erwerbsarbeit gezielt zu fördern.

Aufgrund des demografischen Wandels ist schon heute ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ab dem Jahr 2015 absehbar. Dann werden auch in der Region Hannover zunehmend gut qualifizierte Arbeitskräfte in den Ruhestand gehen. Gut ausgebildete Nachwuchskräfte könnten dann fehlen, wenn wir nicht schon heute aktiv gegensteuern. Auch deshalb gehört das Thema Bildung zu unseren politischen Schwerpunkten.

Wir nehmen diese Herausforderungen an und wollen Hannover gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft als eine starke, soziale und solidarische Stadt gestalten.

## Herausforderung: Demografischer Wandel und Integration

Der absehbare demografische Wandel stellt auch für Hannover eine Herausforderung dar. Vor allem die Zahl der jungen Menschen wird abnehmen, während die Zahl der Menschen im mittleren Alter und die Zahl der Seniorinnen und Senioren zunehmen werden. Konkret heißt das: Bis zum Jahr 2010 werden in Hannover etwa 10 % weniger Kinder leben als heute, bis zum Jahr 2015 wird sich ihre Zahl noch einmal um 8 % verringern. Gleichzeitig wird vor allem der Anteil der 35-60-Jährigen deutlich zunehmen. Erst langfristig wird auch der Anteil der Älteren spürbar steigen.

Vor diesem Hintergrund wollen wir Hannover als junge und familienfreundliche Stadt profilieren. Junge Familien wollen wir mit einem attraktiven Wohnumfeld und guten Kinderbetreuungsmöglichkeiten halten oder sogar neu gewinnen.

Der demografische Wandel stellt dabei insbesondere für die Gestaltung der städtischen Infrastruktur eine Herausforderung dar. Wie viele Kita-Plätze brauchen wir in Zukunft? Wie viele Schulen, Büchereien oder Seniorenheime? Die Entwicklung der schon heute in Hannover lebenden Bevölkerung können wir gut abschätzen, Zu- oder Abwanderungen können jedoch zu erheblichen Abweichungen der heutigen Prognosen führen. Deshalb ist es aus unserer Sicht sinnvoll, städtische Einrichtungen und Gebäude wie z.B. Schulen möglichst flexibel und multifunktional zu gestalten und zu nutzen.

Mit dem demografischen Wandel wird sich auch die Zusammensetzung der Haushalte verändern. Schon heute sind mehr als die Hälfte in Hannover Singlehaushalte. Dieser Anteil wird noch weiter zunehmen. Dies muss bei der Stadtplanung berücksichtigt werden.

Ein Viertel der in Hannover lebenden Menschen ist älter als 60 Jahre. In Zukunft zeichnet sich insbesondere eine Zunahme der Gruppe der Über-70-Jährigen ab. Ältere Menschen können ihren Ruhestand heute länger bei guter Gesundheit genießen. Viele Seniorinnen und Senioren möchten im Ruhestand aktiv sein und stellen damit ein wichtiges Potenzial für die Stadtgesellschaft dar.

Alte Menschen möchten möglichst lange in ihrer vertrauten Wohnung leben können. Dort wo dies nicht möglich ist, wünschen sie sich Betreuungsformen, die ihren Bedürfnissen nach Individualität und Häuslichkeit besser als bisher Rechnung tragen. Die kommunale Seniorenpolitik muss deshalb diesen Bedürfnissen gerecht werden. Wohn- und pflegebegleitende Hilfen sowie ergänzende soziale Dienstleistungen können den Verbleib in der eigenen Wohnung unterstützen.

Zukünftig wird vor allem die Zahl der Hochbetagten die Altenhilfe vor besondere Herausforderungen stellen, da diese besonders hilfebedürftig sind. So wird die Zahl der Demenzkranken in der Region in den nächsten Jahren auf mehr als 17.000 ansteigen. Auch für sie und ihre Angehörigen muss ein ausreichendes Beratungs- und Versorgungsangebot geschaffen werden.

In Hannover leben rund 117.000 Menschen, die keinen deutschen Pass haben oder die eingebürgert sind. 40 % der Kinder, die heute in Hannover geboren werden, haben einen Migrationshintergrund. Vor allem in den 80er und 90er Jahren sind vielen Einwanderinnen und Einwanderer zu uns gekommen, inzwischen sind die Zuwanderungen stark rückläufig. Die Integration dieser Menschen – also ein bewusstes Leben miteinander und nicht nur ein Nebeneinander – stellt eine weitere große Herausforderung dar und kann nur mit einer gemeinsamen Anstrengung gelingen. Dazu müssen nicht nur sprachliche Hürden überwunden werden.

### III. Unsere Schwerpunkte für die nächsten fünf Jahre

Hannover soll auch in Zukunft eine lebenswerte, solidarische und starke Stadt sein. Deshalb setzen wir in den nächsten fünf Jahren vor allem auf folgende Schwerpunkte:

- Die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Hannover und einer Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft,
- eine familienfreundliche Stadt, vor allem den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, damit Familie und Beruf für alle Eltern in Hannover vereinbar ist,
- eine breit angelegte Bildungsoffensive mit neuen Bildungsangeboten für ein lebensbegleitendes Lernen von frühkindlicher Bildung über Ausbildung bis hin zur Erwachsenenbildung und eine umfassende Schulsanierung aller Schulen bis 2011,
- den Start einer Integrationsoffensive auf der Grundlage einer „Allianz für Integration“ aller gesellschaftlichen Gruppen in der Stadt,
- eine Stärkung der Stadtteile und der Bürgerbeteiligung und
- den Start einer Klimaschutzoffensive: „Hannover als Vorreiter beim Klimaschutz“.

## VI. Unser Programm

### 1. Starke Wirtschaft, starker Standort

#### Eine starke Wirtschaft ist die Basis

Hannover ist die Nummer eins in Wirtschaft und Wissenschaft in Niedersachsen. Wir wollen, dass Hannover auch in Zukunft ein starker Standort mit starken Unternehmen bleibt. Gute Standortbedingungen, wettbewerbsfähige und innovative Unternehmen und qualifizierte Beschäftigte sind Voraussetzungen für eine florierende Wirtschaft und eine positive Stadtentwicklung.

Wir wollen mit unserer Politik dazu beitragen, allen Bürgerinnen und Bürgern Beschäftigungs- und Zukunftsperspektiven zu bieten, eingebettet in einer attraktiven sozialen und kulturellen Infrastruktur. Eine positive Wirtschaftsentwicklung, ein herausragendes Angebot in Bildung und Wissenschaft und ein Betreuungsangebot, das den Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht stärken Hannover im Wettbewerb um junge Menschen und Familien. Angesichts der demografischen Herausforderung ist das der Weg, im nationalen Wettbewerb der Regionen zu bestehen.

In der Region Hannover arbeiten rd. 600.000 Menschen, davon in der Stadt rd. 377.000. Stadt und Region haben damit eine wichtige Arbeitsplatzfunktion für das gesamte Umland weit über die Region hinaus.

#### Viele Vorteile machen Hannover für Unternehmen attraktiv

Hannover bietet viele Standortvorteile:

- Hannover ist bedeutender Schnittpunkt und Drehscheibe von Nord-Süd- und West-Ost-Verkehren. Mit der EU-Osterweiterung ist Hannover noch stärker in die Mitte Europas gerückt,
- Hannover verfügt dank gezielter Investitionen in leistungsfähige Straßen, den Aufbau eines modernen S-Bahnsystems und den Ausbau des Flughafens über eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur,

- Hannovers ist der größte Hochschulstandort in Niedersachsen. 40.000 Studierende aller Fachrichtungen bieten ein großes Potenzial gut ausgebildeter Fachkräfte,
- Hannover verfügt mit 140 ha über ein breites Gewerbeflächenangebot, insbesondere auch an den überregionalen Verkehrsachsen, ausreichende Einzelhandelsflächen und günstige Büromieten,
- die hohe Lebensqualität macht Hannover nicht nur für Fachkräfte attraktiv und
- aufgrund günstiger Lebenshaltungskosten hat Hannover insbesondere gegenüber den anderen westdeutschen Metropolen ein sehr günstiges Kostenniveau.

Wir werden diese Standortvorteile gezielt für die wirtschaftliche Entwicklung in Hannover nutzen und weiterentwickeln.

## **Wir setzen auf eine aktive kommunale Wirtschaftspolitik**

Die SPD bekennt sich zu einer aktiven kommunalen Wirtschaftspolitik. Dazu gehören für uns folgende Eckpunkte:

- Eine aktive Bestandspflege,
- ein wirtschaftsfreundliches Klima und so wenig Bürokratie wie möglich,
- Hannover als Industriestandort sichern,
- die Fortsetzung von Hannoverimpuls
- Hannover als Dienstleistungsstandort strategisch weiterentwickeln und neue Brancheninitiativen in den Bereichen Gesundheitswirtschaft; Kulturwirtschaft und Logistik starten,
- wirtschaftsstrategische Aktivitäten von Stadt und Region unter dem Dach von Hannover AG bündeln,
- die gezielte Förderung von Existenzgründerinnen und -gründern,
- den Einzelhandel im Zentrum stärken,
- die Nahversorgung in den Stadtteilen sichern und die Stadtteilzentren stärken,
- Hannover als Ziel von Städtetourismus fördern,
- Hannover als Stadt der Wissenschaften profilieren und weiterentwickeln,
- den Standort Hannover überregional und international offensiv zu vermarkten und
- die Chancen der Metropolregion zusammen mit Braunschweig und Göttingen nutzen.

Das bedeutet für uns konkret:

## **Aktive Bestandspflege**

Die hannoverschen Unternehmen sind Hannovers größtes Zukunftspotenzial. Dazu gehören insbesondere die vielen kleineren und mittleren Unternehmen, denn vor allem dort entstehen die neuen Arbeitsplätze.

Wir setzen deshalb auf einen engen Kontakt zu den Unternehmen und eine aktive Bestandspflege mit Hilfe von Branchenmanagern/-innen und regelmäßige Branchengespräche. Auch die Wirtschaftsverbände wie IHK und Handwerkskammer sind für uns wichtige Partner, um gemeinsam Projekte zur Stärkung des Standortes, zur Förderung von Existenzgründungen oder für mehr Ausbildungsplätze zu starten.

Im Rahmen verwaltungsinterner Umstrukturierungen wollen wir die kommunale Wirtschaftsförderung weiter verstärken. Außerdem wollen wir hannoversche Unternehmen auf nationalen und internationalen Märkten z.B. durch Organisation gemeinsamer Messestände und Delegationsreisen aktiv begleiten.

Wir werden eine Energie- und Stoffeffizienzinitiative starten, bei der kleine und mittelständische Unternehmen der Stadt nach dem Prinzip von Ökoprotit in den nächsten fünf Jahren dabei unterstützt werden wird, ihre Energie- bzw. Stoffeinsätze zu optimieren.

## **Mit dem „Unternehmerbüro“ und „Verwaltungslotsen“ für kurze Wege sorgen**

Wir wollen ein wirtschaftsfreundliches, kundenorientiertes Klima auch in der Verwaltung. Mit der Einrichtung des „Unternehmerbüros“ haben wir für alle Unternehmen eine zentrale Anlaufstelle in der Verwaltung geschaffen. Hier werden die Unternehmen von einer Hand durch Verwaltungslotsen betreut. Besondere Vorhaben wie die Ansiedlung von IKEA oder die Revitalisierung des Ihme zentrums sind und bleiben Chefsache und sollen auch in Zukunft durch spezielle fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppen begleitet werden.

Baugenehmigungen und andere Anträge sollen innerhalb von zwei Monaten entschieden werden.

## **Hannover als Industriestandort sichern**

Die hannoversche Industrie ist traditionell in den Bereichen Straßenfahrzeugbau und Zulieferer, Chemische Industrie und Gummiverarbeitung, Elektrotechnik, Elektronik sowie im Maschinenbau stark.

Die SPD setzt sich im Rahmen der kommunalpolitischen Handlungsmöglichkeiten dafür ein, dass Hannover auch in Zukunft ein starker Industriestandort mit innovativen Produkten bleibt.

## **Hannoverimpuls fortsetzen**

Mit der Gründung von Hannoverimpuls im Jahr 2003 haben wir ein Instrument geschaffen, das neue Arbeitsplätze und Unternehmen vor allem in den für Hannover wichtigen Leitbranchen Automotive, Informations- und Kommunikationstechnologien, Lasertechnik, Life Sciences und Produktionstechnik initiieren und fördern soll.

Inzwischen steht fest: Hannoverimpuls ist erfolgreich gestartet. Innerhalb von zwei Jahren wurden mit Unterstützung von Hannoverimpuls 1.500 neue Unternehmen gegründet. Insbesondere die Existenzgründungswettbewerbe „plug and work“ und die Fortbildungsangebote „summer school“ und „winter school“ haben sich als Renner entwickelt.

Wir wollen, dass die erfolgreiche Arbeit von Hannoverimpuls fortgesetzt und weiterentwickelt wird.

## **Hannover als Dienstleistungsstandort strategisch weiterentwickeln - neue Brancheninitiativen in den Bereichen Gesundheitswirtschaft, Kulturwirtschaft und Logistik starten**

Hannover hat sich in den letzten Jahren weit stärker als andere westdeutsche Metropolen zu einem Dienstleistungsstandort entwickelt. In der Region Hannover werden bereits 77 % der Wertschöpfung im Dienstleistungssektor erbracht. Rund 316.000 Menschen – rund 75 % aller Beschäftigten in der Region - arbeiten im Dienstleistungssektor.

Besonders die unternehmensnahen Dienstleistungen mit rund 67.000 Beschäftigten, die Bereiche Transport und Logistik mit rund 20.000 Arbeitsplätzen und die Gesundheitswirtschaft mit mehr als 30.000 Arbeitsplätzen und die Kulturwirtschaft sind in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Hier liegen auch die wichtigsten Zukunftspotenziale.

Deshalb wollen wir Hannover gezielt als Logistikstandort und als Standort der Gesundheitswirtschaft und der Kulturwirtschaft weiterentwickeln. Dabei soll zusammen mit der Region geprüft werden, das Aufgabenfeld von Hannoverimpuls entsprechend auszuweiten.

Unser Ziel bleibt, Frauen auch bei der Förderung und Entwicklung von Wirtschaftsprojekten besonders zu berücksichtigen und ihnen damit qualifizierte Erwerbsarbeit zu ermöglichen.

## **Wirtschaftsstrategische Aktivitäten von Stadt und Region unter dem Dach von „Hannover AG“ bündeln**

Wir wollen alle für die Entwicklung bedeutsamen Aktivitäten von Stadt und Region unter dem Dach einer „Hannover AG“ bündeln. Dazu können insbesondere die Hannover Marketing Gesellschaft (HMG), hannoverimpuls, das Technologiezentrum, Hannover.de und eine neu zu gründende Hannover Tourismus GmbH gehören. Damit schaffen wir die Voraussetzung für eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss.

## **Existenzgründungen gezielt fördern**

Hannover ist eine Gründerstadt! Mit den Existenzgründerwettbewerben von Hannoverimpuls („plug and work“), dem EGZ Hannover, dem Existenzgründerinnenzentrum und dem Technologiezentrum Hannover sowie den Beratungsstellen bei der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer finden ExistenzgründerInnen schon heute eine vielfältige Beratungs- und Förderlandschaft vor.

Wir wollen diese Instrumente gezielt weiterentwickeln und z.B. den Wettbewerb „plug and work“ auch auf andere Branchen wie z.B. wachstumsstarke Dienstleistungen und Zielgruppen wie z.B. Migrantinnen und Migranten ausweiten.

## **Den Einzelhandel im Zentrum und in den Stadtteilen stärken**

Hannover ist ein attraktiver Einzelhandelsstandort mit einem sehr breit gefächerten Angebot und hoher Anziehungskraft - auch für Kundinnen und Kunden aus der Region und dem weiteren Umland. Wir wollen die Attraktivität Hannovers als Einzelhandelsstandort auch für die Zukunft sichern. Aktuelle Beispiele sind die Niki-St.Phalle-Promenade, die Wiederbelebung des Raschplatzes, die Revitalisierung des Ihmezentrums, das geplante ECE-Zentrum am Bahnhof und IKEA am südlichen Stadtrand.

## **Die Nahversorgung in den Stadtteilen sichern, lokale Ökonomien stärken**

Nahversorgung ist ein wichtiges Element zukunftsfähiger Stadtpolitik. Unser Ziel ist die flächendeckende, wohnortnahe und fußläufige Versorgung aller Bevölkerungsgruppen mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs.

Wir wollen, dass die Nahversorgung der Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft gesichert ist. Wir werden deshalb den Strukturwandel im Einzelhandel weiterhin auf der Grundlage eines bedarfsgerechten Nahversorgungskonzepts und im Rahmen eines speziellen Flächenmanagements aktiv begleiten. Dabei haben die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Ausbau vorhandener zentraler Marktbereiche Vorrang vor der Entwicklung neuer Gebiete. Die Neuansiedlung von Betrieben in nicht-integrierten Lagen und auf der „grünen Wiese“ schließen wir aus.

Durch die Initiierung von Wirtschaftsforen und die Unterstützung von bestehenden Stadtteilinitiativen stärken wir zusammen mit den Kaufleuten und Anliegern den lokalen Einzelhandel in verschiedenen Stadtteilen wie Badenstedt/Badenstedter Markt, Calenberger Neustadt, Döhren/Fiedeler Straße, Kleefeld/Kantplatz, List/Podbielskistraße, Oststadt/Lister Meile, Ricklingen/Ricklinger Stadtweg, Vahrenwald/Vahrenwalder Straße, Warmbüchenviertel/Lavesstraße. Als Neue Bereiche sollen demnächst aufgenommen werden: Podbielskistraße (nordöstlicher Teil zwischen Vier Grenzen bis vor den Lister Blick), Vinnhorst sowie Herrenhausen-Stöcken.

## **Hannover als Ziel des Städtetourismus fördern**

Der Städtetourismus boomt – auch in Hannover. Die Zahl der Gästeübernachtungen ist in Hannover überdurchschnittlich stark gestiegen. Dazu tragen nicht nur viele Messen, Tagungen und Kongresse bei, sondern auch ein attraktives Kultur- und Freizeitangebot. Hannover besitzt hervorragende Qualitäten als Event- und Kulturstadt.

Wir wollen zusammen mit wesentlichen Akteurinnen und Akteuren wie Veranstaltern, Theatern, Oper und Varieté, Museen und Hotels sowie Herrenhäuser Gärten und Zoo Hannover gemeinsame Angebote entwickeln und umsetzen. In diesem Zusammenhang werden wir die bestehenden Strukturen von HTS und HMG durch Einbeziehung der Region Hannover neu ausrichten. Unter dem Dach der Hannover Marketing Gesellschaft (HMG) sollen Stadt und Region zukünftig gemeinsam vermarktet werden.

## **Hannover als Stadt der Wissenschaften profilieren und weiterentwickeln**

Hannover verfügt mit seinen fünf Hochschulen und rund 40.000 Studierenden an Hochschulen und Fachhochschulen auch über ein hervorragendes wirtschaftliches Potenzial. Viele Fakultäten der Universität, die Musikhochschule, die Medizinische Hochschule und die Tiermedizinische Hochschule haben national und international einen hervorragenden Ruf.

Wir wollen Wirtschaft, Wissenschaft und Stadtgesellschaft noch enger als bisher miteinander vernetzen. Durch Initiierung gemeinsamer Kooperationsprojekte sollen Hochschulen und Unternehmen voneinander profitieren. Auf der Grundlage eines gemeinsamen Leitbildes wollen wir „Hannover als Stadt der Wissenschaften“ profilieren und im In- und Ausland vermarkten. Außerdem wollen wir mit einem Programm „Study and Stay“ zusammen mit den Hochschulen: besondere Talente identifizieren und in Hannover halten. Ebenso wollen wir mit dem Aufbau eines Hannover-Stipendiums besonders gute Studierende halten bzw. nach Hannover holen.

„Die hannoversche SPD setzt sich dafür ein, dass ein breites, qualitativ hochwertiges und attraktives Studienangebot der Universität, der Hochschule für Musik und Theater, der Medizinischen Hochschule und der Tierärztliche Hochschule erhalten bleibt.“

## **Hannover überregional und international offensiv vermarkten**

Hannover ist aufgrund seiner zentralen Lage und kurzen Entfernungen zu anderen Wirtschaftsräumen (Hamburg, Ruhrgebiet, Rhein/Main) ein idealer Standort für Unternehmen, die mit einem Standort mehrere Wirtschaftsräume erreichen wollen. Wir wollen diesen Vorteil gezielt nutzen, um ausländische Unternehmen z.B. aus den osteuropäischen Beitrittsstaaten für Hannover zu interessieren. Internationale Fachmessen sollen gezielt genutzt werden, um Hannover zusammen mit hannoverschen Unternehmen als Wirtschaftsstandort zu präsentieren.

## **Die Chancen der Metropolregion zusammen mit Braunschweig und Göttingen nutzen**

Der harte Wettbewerb mit anderen Ballungsräumen im vereinten Europa erfordert strategische Partnerschaften auch über die Region Hannover hinaus. Deshalb arbeiten wir aktiv am Projekt „Metropolregion Hannover/Braunschweig/Göttingen“ mit.

Zusammen mit anderen 65 beteiligten Kommunen und 12 Hochschulen dieses Städtedreiecks wollen wir die gemeinsamen Kompetenzen z.B. in der Mobilitätswirtschaft, in der Produktion s-

technik oder in der Medizin bündeln, Projekte initiieren und diesen 3,8 Millionen Einwohner starken Ballungsraum im europäischen Wettbewerb der Regionen positionieren.

## **2. Familienfreundliche Stadt: Hannover attraktiv für Familien und eine Stadt für alle Generationen**

### **Unser Leitbild**

Um allen Kindern in Hannover eine gute Zukunft zu geben, braucht es die ganze Stadt!

Wir wollen eine familienfreundliche Stadt, in der sich Kinder und Eltern, alte und junge Menschen wohl fühlen.

Unser Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen in Hannover von Geburt an gleiche Chancen auf Bildung, Gesundheit, Geborgenheit und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Wir werden eine systematische Familienorientierung in allen kommunalpolitischen Handlungsfeldern verankern und damit die Stadt für Familien lebenswerter und attraktiver machen.

Entscheidend für eine gute Entwicklung der Kinder ist das Gelingen von Erziehung, Betreuung und Bildung. Wir bekennen uns dabei klar zu einer gewaltfreien Erziehung, die für viele Kinder noch nicht Wirklichkeit ist. In unseren Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Familien werden wird das Thema der gewaltfreien Erziehung als wichtigen Baustein noch weiter verankern.

Die Familienformen sind gerade in einer Großstadt vielfältig. Jedes Familienmodell verdient gesellschaftliche Anerkennung: Familien bieten Zusammenhalt und Rückhalt, freie Entfaltung des Einzelnen, Sicherheit und Bindung. Die Erziehung und die Bildung in den Familien prägen die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder und späteren Erwachsenen entscheidend mit. Älteren Menschen bietet die Familie die Möglichkeit, die späten Lebensjahre in Würde und mit vertrauter Fürsorge zu verbringen.

Gleichzeitig sind Familien durch die Veränderungen der Arbeitswelt, die zunehmende Erwerbstätigkeit beider Elternteile, aber auch Arbeitslosigkeit, und hohe Erwartungen in Bezug auf Flexibilität und Mobilität besonders gefordert. Die Familien, insbesondere Alleinerziehende, brauchen deshalb Anerkennung, Schutz und Unterstützung. Mit unserer Familienpolitik wollen wir einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten.

Wir wollen Familien in ihren unterschiedlichen Lebenslagen mit einer breiten Vielfalt von Angeboten und Initiativen unterstützen. Die dafür notwendige Infrastruktur haben wir in den vergangenen Jahren Stück für Stück ausgebaut. Für die Zukunft setzen wir vor allem auf folgende Schwerpunkte:

- Eine „Allianz für Familien“ als gemeinsame Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte,
- die Gründung eines Familienbüros als zentrale Anlaufstelle,
- frühe Hilfen für Familien durch Familienhebammen,
- Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln – Elternbildung verstärken,
- Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote vernetzen – Qualität sichern,
- den Ausbau der Kinderbetreuung: 750 neue Plätze für Unter-3-Jährige und flexible Betreuungsangebote
- mehr Schulkinderbetreuung mit der „Schule im Stadtteil“ und Ferienbetreuung,
- Eltern von Kita-Beiträgen entlasten,
- kinderfreundliche Stadtteile und eine bunte Vielfalt bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit,
- Partizipation von Kindern und Jugendlichen und
- ein Miteinander der Generationen.

Konkret heißt das :

## **Eine Allianz für Familien**

Für eine erfolgreiche Familienpolitik braucht es die gemeinsame Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte. Wir werden deshalb Unternehmen, die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände, Elterninitiativen und andere gesellschaftlich relevante Gruppen an einen Tisch bringen und eine Allianz für Familien auf Stadtebene initiieren und uns aktiv am Bündnis für Familien der Region Hannover beteiligen.

Familienfreundlichkeit ist ein wichtiger Standortfaktor mit wachsender Bedeutung. Gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden und Unternehmen wollen wir konkrete Projekte und Angebote für eine familienfreundliche Arbeitswelt in Hannover entwickeln.

## **Das Familienbüro als zentrale Anlaufstelle**

Wir wollen in Hannover ein zentrales Familienbüro einrichten, wo Familien zu allen praktischen Fragen wie Kinderbetreuung, Tagesmütter, Elternbildung, und Jugendhilfe eine kompetente Beratung und Vermittlung an die jeweiligen kompetenten Einrichtungen und Anlaufstel-

len finden. Das Familienbüro soll auch Ansprechpartner für Wirtschaftsunternehmen sein, die sich z.B. über Betreuungsangebote informieren wollen.

## **Frühe Hilfen für Familien durch Familienhebammen**

Das Erziehen von Kindern ist schwieriger geworden. Immer mehr stoßen Eltern, besonders wenn ein Elternteil allein auf sich gestellt ist, bei der Erziehung an ihre Grenzen. Wir wollen diese Familien mit Hilfe von Familienhebammen frühzeitig in ihrer Erziehungs- und Bildungsarbeit bis zum Ende des ersten Lebensjahrs des Kindes unterstützen und ihre Erziehungskompetenz fördern. Dazu werden wir das schon bestehende Angebot von Familienhebammen deutlich ausweiten und mit bestehenden Hilfsangeboten in den Stadtteilen verknüpfen. Damit wollen wir allen Kindern gute Startchancen geben.

## **Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln – Elternbildung verstärken**

Eine frühe Förderung von Kindern ist umso erfolgreicher, je mehr die Familien mit einbezogen und Eltern in ihren Erziehungsaufgaben gestärkt werden. Die Fachkräfte in den Kindertagesstätten sollen deshalb mit den Eltern verstärkt eine **Erziehungs- und Bildungspartnerschaft** aufbauen.

Wir wollen hierzu bestehende Kindertagesstätten zu **Familienzentren** entwickeln, die Angebote für Eltern in Kooperation mit anderen Einrichtungen und Trägern im Stadtteil (wie z.B. Beratungs- und Kulturangebote, Elterncafés, Eltern-Kind-Sport, Sprachkurse für Mütter) anbieten. Stadtweit sind bereits vier solcher Familienzentren entstanden, weitere vier sind in Vorbereitung. Wir wollen, dass in allen Stadtbezirken (möglichst viele) Familienzentren entstehen. Die Sprachförderung von Kindern und Eltern soll dabei ein Schwerpunkt sein.

Die Familienbildungsstätten und Elterninitiativen wie das Kinderhaus sollen dabei aktiv einbezogen werden. Sie sind seit Jahrzehnten unverzichtbare Träger der Familienbildung.

Diese Investitionen lohnen sich allemal. Denn es gilt: **Früh fördern statt spät reparieren!**

## **Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote vernetzen – Qualität sichern**

Wir wollen die bestehenden Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote (z.B. Kitas, Schulen, Jugendzentren, Einrichtungen der Jugendhilfe und Kinder- und Jugendarbeit in Kultur- und

Sportvereinen) in den Stadtteilen noch besser miteinander vernetzen und aufeinander abstimmen. So können die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen noch gezielter und umfassender gefördert werden.

Dazu gehört insbesondere eine bessere Zusammenarbeit von Kindertagesstätten, Schulen und Eltern, um den Übergang für die Kinder zu erleichtern. Dazu werden wir mit den städtischen Kindertagesstätten eine Initiative starten.

Mit verstärkter Weiterbildung der Fachkräfte wollen wir die Qualität der Bildungsarbeit in den Kindertagesstätten noch weiter verbessern. Langfristig streben wir an, das Ausbildungsniveau der Fachkräfte anzuheben.

## **Ausbau der Kinderbetreuung: 750 neue Plätze für unter 3-Jährige bis 2008 und flexible Betreuungsangebote**

Ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind entscheidend, damit Eltern Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren das Betreuungsangebot für Kinder systematisch ausgebaut: Mit ca. 19.000 Betreuungsplätzen (Krippen, Kindergärten und Horte) hat Hannover ein Betreuungsangebot, das in vergleichbaren Großstädten im Westen seines Gleichen sucht. Dennoch besteht zusätzlicher Betreuungsbedarf bei den unter-3-Jährigen. Deshalb werden wir durch die Schaffung von 750 zusätzlichen Betreuungsplätzen bis zum Jahr 2008 auch für diese Altersgruppe ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot schaffen. Begleitend werden wir eine Qualifizierungsoffensive mit Fortbildungen für Fachkräfte in Krippen sowie für Tagespflegepersonen initiieren.

Vor dem Hintergrund veränderter Zeitanforderungen der Arbeitswelt brauchen wir auch individuelle Betreuungsangebote (z.B. Tagespflege, Babysitting etc.), die die Betreuungsangebote der Kindertagesstätten ergänzen. Mit der Tagespflegebörse, die in das Familienbüro integriert wird, wollen wir diese auch in Zukunft vermitteln.

## **Mehr Schulkinderbetreuung durch die „Schule im Stadtteil“ und Ferienbetreuung**

In den vergangenen Jahren haben wir die Zahl der Hortplätze kontinuierlich ausgebaut. Stadtweit sind inzwischen 4.000 Hortplätze entstanden. Nach der Einführung der verlässlichen Grundschule im Jahre 2003 haben wir die Betreuungszeit der Horte einheitlich auf 13 bis 17 Uhr festgelegt. Weiterhin sind die Horte während der Schulferien durchgehend ganztägig geöffnet, damit keine Betriebslücken entstehen. Zusätzlich runden so genannte innovative Modellpro-

jekte und zahlreiche schulergänzende Maßnahmen die Betreuungsangebote für Grundschüler und Grundschülerinnen ab. Schulergänzende Angebote haben einen kürzeren Betreuungsumfang und sind für Eltern und ihre Kinder gedacht, die nur eine kürzere Zeit nach der Schule eine Aufsicht benötigen.

Da der Ausbau von Ganztagschulen in Hannover von der niedersächsischen Landesregierung nicht unterstützt wird, besteht weiterer Bedarf an kostengünstigen Betreuungs- und Bildungsangeboten am Nachmittag für Schülerinnen und Schüler. Wir haben deshalb bereits für das Jahr 2006 zusätzlich 1 Mio. Euro für die Schaffung weiterer Angebote zur Verfügung gestellt. Damit wollen wir vorrangig neue Betreuungsangebote an den Grundschulen schaffen. Unser Vorbild ist eine „Schule im Stadtteil“, die in enger Kooperation mit anderen Trägern im Stadtteil wie z. B. Sportvereinen oder Musikeinrichtungen, ein verlässliches und breites Betreuungsangebot aufbaut. Dabei sind wir in besonderem Maße auf das Engagement der Schulen, der Eltern und der Betreuungseinrichtungen angewiesen. Die „Schule im Stadtteil“ kann nur gelingen, wenn sie von vielen Schultern getragen wird. Bis zum Ende der Ratsperiode im Jahre 2011 wollen wir in jedem Stadtbezirk mindestens eine Grundschule zu einer „Schule im Stadtteil“ weiterentwickeln.

Auf der Grundlage der Ergebnisse einer Elternbefragung zum Bedarf von Ferienbetreuungen für Schulkinder werden wir in Kooperation mit Betrieben und freien Trägern eine kostengünstige, verlässliche Ferienbetreuung für Schulkinder im Alter von 6 bis 12 Jahren einrichten.

## **Familien finanziell entlasten**

Unsere Kita-Elternbeitrags-Staffel ist sozial ausgewogen und entlastet gezielt vor allem Familien mit geringen Einkommen und mit mehreren Kindern. Schon heute besuchen mehr als 40% der Kinder die hannoverschen Kindertagesstätten beitragsfrei.

Vorschulische Bildung ist die wichtigste Grundlage für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und der erste Schritt zur Chancengleichheit. In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für lebenslanges Lernen gelegt. Mangelnde Bildung ist der größte Risikofaktor für Armut.

Vorschulische ist wie die schulische Bildung staatliche Aufgabe und gehört deshalb auch öffentlich finanziert. Angesichts der bildungspolitischen Bedeutung ist die Aufnahme der vorschulischen Bildung als staatliche Aufgabe zu verankern.

Unser Ziel bleibt, Kinderbetreuungseinrichtungen wie andere Bildungseinrichtungen kostenfrei anzubieten. Die gravierenden Finanzprobleme der Kommunen lassen jedoch eine schnelle Verwirklichung dieses Ziels nicht zu. Vor dem Hintergrund der schwierigen Finanzsituation

setzen wir, wie bisher, unsere Priorität auf den bedarfsgerechten Ausbau und die qualitative Verbesserung des Betreuungsangebotes. Eine Ausweitung von elternbeitragsfreien Betreuungsplätzen werden wir mittelfristig nur mit deutlicher finanzieller Unterstützung des Landes oder des Bundes realisieren können.

## **Kinderfreundliche Stadtteile und eine bunte Vielfalt bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit**

Kinder brauchen eigene Plätze, gerade in den Stadtteilen. Trotz knapper Kassen haben wir in den vergangenen Jahren gezielt in die Sanierung von Spielplätzen, Spielparks und Stadtplätzen investiert. Diese Programme werden wir fortsetzen. Dort, wo neue Wohngebiete entstehen, werden wir neue Spielplätze zeitgleich mit der Wohnbebauung einrichten.

In den vergangenen Jahren haben wir das Angebot für die offene Jugendarbeit systematisch ausgebaut. Inzwischen bestehen in den Stadtteilen rund 80 Jugendzentren, Lückekinderprojekte und Spielparks in bunter Vielfalt. Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der sozialen und kulturellen und Bildungsinfrastruktur der Stadt. Wir wollen diese Infrastruktur sichern und neuen Bedürfnissen und Trends anpassen. Dazu gehören auch spezifische Angebote für Mädchen und Jungen, um der Entwicklung von stereotypen Geschlechtsrollen entgegenzuwirken.

Jugendverbände leisten einen unverzichtbaren gesellschaftspolitischen Beitrag. Ihre Arbeit, zum Großteil basierend auf ehrenamtlichem Engagement, dient der sozialen, kulturellen und politischen Bildung. Wir wollen ihre Arbeit aufwerten und ihnen Planungssicherheit ermöglichen.

## **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

Kinder und Jugendliche, Mädchen und Jungen, sollen möglichst konkret mitentscheiden und mitgestalten können. Wir werden deshalb verstärkt konkrete Beteiligungsprojekte z.B. zur Stadtteilentwicklung zusammen mit den Kindertagesstätten, Schulen und Jugendzentren in allen Stadtbezirken initiieren.

## **Miteinander der Generationen**

Wir wollen ältere Menschen mit ihrer Lebenserfahrung und ihren Kompetenzen nicht auf Abstellgleis stellen, sondern verschiedene Generationen in vielen Bereichen des sozialen Lebens, der Bildung und der Kultur einbinden. Wir wollen ältere Menschen mit Kindern und Jugendli-

chen und jungen Menschen in Kontakt bringen und so ein altersübergreifendes Miteinander etablieren. Bereits bestehende Projekte wie Großelterndienste, generationsübergreifendes Wohnen, Lesen in Kitas, Hausaufgabenbetreuung und Leseunterstützung in Schulen, Handwerkerdienste, Hilfeleistungen im Alltag, Mentoren in sozialen Bereichen (Drogen, Gesundheit) und Patenschaften (Ausbildungen) werden wir weiterführen und aktiv für eine Ausweitung werben.

### **3. Hannover bildet**

Hannover verfügt über ein breites und differenziertes Schulangebot. Es setzt sich aus 57 Grundschulen, 10 Hauptschulen, 2 Haupt- und Realschulen, 12 Realschulen, 16 Gymnasien, sechs Integrierten Gesamtschulen (IGS) und acht Förderschulen (in der Verantwortung der Region Hannover, dies gilt auch für die Berufsbildenden Schulen) zusammen. Dazu kommen sieben Schulen in freier Trägerschaft, die alle Schulformen umfassen.

Hannover hat damit in Niedersachsen das größte Angebot an Integrierten Gesamtschulen. Darauf ist die hannoversche SPD besonders stolz. Die weitere Errichtung von Gesamtschulen ist von der CDU/FDP-Landesregierung im Schulgesetz gestrichen worden.

#### **Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle**

Bildung ist die beste Startchance die wir unseren Kindern geben können. Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Wir wollen allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Hannover unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, den Zugang zu guter Bildung ermöglichen. Das ist für uns ein Gebot der Gerechtigkeit - und auch der ökonomischen Vernunft, denn gut ausgebildete Arbeitskräfte sind ein entscheidender Standortfaktor.

Deshalb wollen wir Bildung in allen Lebensphasen fördern: bei Kleinkindern z.B. durch verstärkte Elternbildung, im Kindergarten, in der Schule, in der Ausbildung und für Erwachsene.

**Dabei setzen wir folgende Schwerpunkte:**

- Flächendeckende Sprachförderung
- Sanierung aller Schulen bis 2011
- Schulentwicklung mit Weitsicht
- Schule im Stadtteil
- Integration von Kindern mit Behinderungen
- Sprachförderung und interkulturelles Lernen für Erwachsene

- Einzelprojekte

## **Flächendeckende Sprachförderung**

Bildung fängt mit Verstehen an. Deshalb ist Sprachkompetenz für die Entwicklungschancen für Kinder enorm wichtig. 40% der Kinder, die heute in Hannover geboren werden, kommen aus Familien mit Migrationshintergrund. Diese Kinder brauchen eine möglichst früh einsetzende, systematische Sprachförderung in den Kindertagesstätten, damit sie ihre Mehrsprachigkeit auch als Ressource für die Zukunft nutzen können. In 60 hannoverschen Kindertagesstätten gibt es bereits ein spezielles Sprachförderangebot, wir werden die Sprachförderung bis 2008 auf alle 200 Kitas mit entsprechendem Förderbedarf ausweiten. Dabei wollen wir möglichst auch die Eltern in die Sprachförderung mit einbeziehen, da dies viel wirksamer ist als eine isolierte Förderung der Kinder. Entsprechende Projekte haben wir schon gestartet.

Das Sprachförderkonzept der Landeshauptstadt Hannover besteht aus insgesamt drei Modulen:

- Systematische Qualifizierung und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten zu Sprachförderung,
- Elternbildung in Müttergruppen nach dem Modell der „Stadtteilmütter“ als Begleitung der Sprachförderung (auch Muttersprache) und
- zusätzliche Einzelfördermaßnahmen mit externen Fachkräften auf der Grundlage der bestehenden Landesförderprogramme.

## **Sanierung aller Schulen bis 2011**

Die Verantwortung für eine so hohe Zahl an Schulen ist eine besondere Herausforderung an den Schulträger was die Ausstattung, Unterhaltung und Sanierung betrifft. Hannover hat in der vergangenen Ratsperiode dafür 150 Mio. Euro (seit 2000) für die Sanierung in ca. 75 Schulen bereitgestellt. Wir werden diesen Weg konsequent weiter gehen und verfolgen das Ziel auch mit Unterstützung privater Investoren alle Schulen bis 2011 zu sanieren.

## **Schulentwicklung mit Weitsicht**

Mit den 57 Grundschulen ist die wohnortnahe Versorgung auch bei zurückgehenden Schülerzahlen in der Zukunft sichergestellt. Schwieriger gestaltet sich die Situation für die Hauptschulen nach der Schulgesetzänderung durch die CDU/FDP-Landesregierung. Die deutlich verringerte Wahl der Hauptschulen (ca. 10% eines Jahrgangs) erfordert eine stärkere Zusammenarbeit

von Haupt- und Realschulen, um ein breites Unterrichtsangebot zur Erreichung aller Schulabschlüsse anzubieten. Die Wahl der Gymnasien von ca. 50% der Schülerschaft nach der Klasse 4 bei derzeit ungleich verteilten Gymnasialstandorten im Stadtgebiet ist eine weitere Herausforderung an die Schulentwicklungsplanung. Die eventuell erforderliche Schaffung von weiteren gymnasialen Standorten, um den neuen Schülerzahlen gerecht zu werden, wird aber nur in den vorhandenen Schulgebäuden möglich sein.

## **Mit der „Schule im Stadtteil“ Ganztagsangebote mit Bildung und Betreuung schaffen**

Wir wollen die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen unterstützen und setzen deshalb auf ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote. Hierzu gehört, die Schulen zu ganztägigen Bildungseinrichtungen auszubauen, mit dem Ziel verlässliche Betreuungsangebote vor und nach dem Schulunterricht vorzuhalten. Damit tragen wir zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen bei. Dazu werden wir das in der SPD-Ratsfraktion erarbeitete Konzept „Schule im Stadtteil“ Schritt für Schritt umsetzen.

Wir werden die Zusammenarbeit von Schulen in einem Stadtteil unterstützen und sie mit anderen Einrichtungen vernetzen. So können z.B. durch die Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit zusätzliche Angebote für Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen geschaffen werden. Dazu werden wir dafür sorgen, dass dieser Prozess an den Schulen durch die Verwaltung aktiv unterstützt wird.

Ebenso werden die Kindertagesstätten und die Horte mit den Schulen organisatorisch und inhaltlich miteinander verbunden.

Die Schule soll so zu zentralen Lernorten in den Stadtteilen werden, d.h. sie soll bis in den Abend hinein geöffnet sein, um z.B. Fort- und Weiterbildung vor Ort anbieten zu können. Es gilt das Nebeneinander in ein Miteinander umzuwandeln. Die Einbindung der Schule in den Stadtteil ist ohne die Einbeziehung der Menschen, der Vereine, der Verbände, der Kirchen und Religionsgemeinschaften, Initiativen sowie Firmen nicht machbar. An der Umsetzung werden die Schulen und die genannten Gruppen aktiv einbezogen. Interkulturelle Erziehung und Sprachförderung sind ein notwendiges Angebot der Schule im Stadtteil. Wir wollen die Schule im Stadtteil nicht nur an den Grundschulen, sondern auch vorrangig an den Hauptschulen verwirklichen. Unser Ziel ist es, in jedem Stadtbezirk mindestens eine Grundschule als Stadtteilschule zu etablieren.

Die jetzt gültige Geschwisterregelung sieht den halben Betrag für das zweite Kind vor, alle weiteren Kinder sind - unabhängig vom Einkommen - beitragsfrei.

## **Integration von Kindern mit Behinderungen**

Die hannoversche SPD unterstützt alle Maßnahmen zur Integration von Kindern mit Behinderungen in Kindertagesstätten und allgemein bildenden Schulen. Das gemeinsame Lernen verbessert nicht nur das Verständnis untereinander, sondern führt auch zu besseren Lernleistungen und -ergebnissen. Die Stadt als Schul- und Kindertagesstättenträger wird dafür die baulichen Maßnahmen ausführen, die diesen Integrationsprozess befördern.

## **Sprachförderung und interkulturelles Lernen für Erwachsene**

Sprachförderung und interkulturelles Lernen ist nicht nur ein Thema für Kinder und Jugendliche, sondern ebenso wichtig für Erwachsene. Zugang zu Bildung darf auch für Menschen mit Migrationshintergrund nicht mit dem Abschluss der Schule enden. Gerade für Frauen, die nicht erwerbstätig sind, ist es wichtig, dass sie nicht isoliert leben, sondern die Chance auf eine Teilhabe an der Gesellschaft haben. Das an Kindertagesstätten angebundene Programm „Mama lernt Deutsch“ ist ein wichtiger Baustein, mit dem Frauen erreicht werden können. Dies werden wir in Zukunft verstärkt fortsetzen. Darüber hinaus werden wir dafür Sorge tragen, dass Migrantinnen und Migranten den Zugang zu Sprachkursen finden und die Angebote auf ihren Bedarf zugeschnitten sind.

## **Einzelprojekte**

Des Weiteren werden als Einzelprojekte mit den Schulen beraten und umgesetzt:

### **1. Alle Kinder sollen schwimmen können**

Für viele Kinder ist Schwimmen können trotz Schwimmunterricht an den Grundschulen leider keine Selbstverständlichkeit. Wir wollen das ändern! Zusammen mit den Grundschulen und den hannoverschen Schwimmvereinen wollen wir eine Initiative starten, damit alle Kinder im Grundschulalter schwimmen lernen können.

### **2. Hannovers Kinder lesen**

Wir wollen Grundschulkindern mehr Lust auf Lesen machen. Deshalb werden wir zusammen mit den Grundschulen, den Eltern, den städtischen Büchereien, Buchhandlungen und möglichst vielen Ehrenamtlichen eine Lese-Offensive starten. Unser Ziel: Jedes Kind soll nach der dritten Klasse mindestens 10 Bücher gelesen haben.

### 3. Schulschwänzen vermeiden

Schulschwänzen hat viele Ursachen und kann der Beginn einer persönlichen Abwärtsspirale von Kindern sein. Wir wollen, dass alle Kinder ihre Schulbildung erfolgreich abschließen und werden deshalb Schulen, Eltern aber auch die städtischen Einrichtungen wie z. B. Jugendzentren und Sozialarbeit sowie die Polizei an einen Tisch bringen um ein stadtweites Konzept gegen Schulschwänzen zu entwickeln und umzusetzen.

### 4. Umweltbewusstsein fördern

Die Stadt Hannover verfügt mit dem Schulbiologiezentrum (Botanische Schulgärten Burg und Linden, Freiluftschule und Zooschule) über deutschlandweit einzigartige Einrichtungen, die den nachhaltigen Umgang mit Pflanzen und Tieren ermöglichen und Umweltbildung von Kindern, Erwachsenen und Lehrkräften mit einem ganzheitlichen Ansatz fördern. An den hannoverschen Schulen haben wir gute Erfahrungen mit Projekten zur Ersparnis von Energie, Wasser und Müll und zur Mülltrennung gemacht. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass diese Einrichtungen sich weiterentwickeln können, weiterhin Projekte in Schulen unterstützen und den Schulen durch Anreizsysteme ermöglichen, einen Teil der von ihnen erwirtschafteten Ersparnisse für eigene Projekte zu verwenden.

### 5. Interkulturelle Bildung

Die Schülerinnen und Schüler in den hannoverschen Schulen kommen aus Elternhäusern aus unterschiedlichen Kulturen. Wir werden Projekte in den Schulen anregen, die einen Austausch von Erfahrungen und Gedanken ermöglichen, die sich thematisch mit unterschiedlichen Lebenswelten und Lebensentwürfen, mit Freiheit und Gleichstellung von Mann und Frau, mit Familienplanung und Sexualerziehung beschäftigen.

Schule ist mehr als Unterricht. Schule gehört zum Kernbestand einer Stadt bzw. der jeweiligen Stadtteile.

## 4. Soziale Stadt: Solidarische Stadtgesellschaft unterstützen und stärken, Teilhabe ermöglichen

Wir stellen die soziale Lebensqualität in der Stadt in den Mittelpunkt unserer Politik. Eine solidarische Stadtgesellschaft ist die Voraussetzung dafür, dass für alle Einwohnerinnen und Einwohner die gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Bildung, ihrer gesellschaftlichen Stellung gesichert wird.

Unverzichtbarer Bestandteil unserer Sozialpolitik ist eine solidarische Stadtgesellschaft, deren Erhalt und Festigung für die Zukunft die größte Herausforderung sein wird.

Für die hannoversche SPD sind die großstädtischen Trends der Veränderung familiärer Strukturen, der Vereinzelung, der Zunahme von Armut und der Ballung unterschiedlichster Problemlagen in Stadtteilen eine große Herausforderung. Wir wirken mit unserer Politik einer Entsolidarisierung entgegen. Soziale Systeme müssen zur Stabilisierung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen führen und ihnen einen Weg aufzeigen, wie sie ihre Zukunft meistern können. Es gibt Risiken, die nicht jede und jeder für sich tragen kann. In Zeiten des Wandels brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Solidarität.

### **Solidarische Stadtgesellschaft heißt deshalb für uns:**

- Die Lebensqualität der Menschen in Hannover sichern,
- die soziale Bedürftigkeit mindern und Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit fördern,
- die spezifischen Interessen und Belange von Frauen und Männern zu berücksichtigen,
- ein tolerantes und friedliches Zusammenleben ermöglichen,
- eine aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am politischen Entscheidungen unterstützen und
- Selbstverantwortung und Mitverantwortung steigern.

Vordringliche Aufgabe ist für uns, die Verantwortung für einen sozialen Ausgleich in dieser Stadt zu übernehmen. Dabei geht es nicht nur um die konkrete Unterstützung von Personen und Personengruppen mit besonderen Problemen. Es geht darüber hinaus um das Engagement für eine Stadtgesellschaft, die ausgleicht statt spaltet. Jede und jeder Einzelne kann hier Verantwortung übernehmen und sich z.B. mit Patenschaften, Nachbarschaftshilfen oder bürgerschaftlichem Engagement betätigen.

Stadtpolitisch bedeutet Solidarität zu stärken, das Angebot in unserer Stadt so auszugestalten, dass es nicht nur den einzelnen Menschen, der Hilfe und Unterstützung braucht, erreicht. Es bedeutet auch Hilfe- und Unterstützungssysteme so zu errichten, dass ein wirksames Zusammenwirken der Potenziale in den Stadtbezirken und Stadtteilen ermöglicht wird und stärker präventiv vor Ort gearbeitet werden kann. Dabei sind professionelle wie ehrenamtliche Kräfte zu beteiligen. Sozialpolitik heißt für uns, neben der Behebung aktueller Notlagen und der Unterstützung in schwierigen Situationen, vor allem frühzeitig Risiken zu erkennen und Selbsthilfepotenziale zu stärken.

## Engagement für Ausbildung und Beschäftigung

Durch die Zusammenlegung der Sozialhilfe mit der Arbeitslosenhilfe haben wir unsere Politik und die Rolle der Stadt neu ausgerichtet. Die Zuständigkeit für die Leistungserbringung von Arbeitslosengeld II wie die Unterstützungen zur Arbeitsmarktintegration der arbeitsfähigen Erwerbslosen ist auf die Region Hannover übergegangen. Wir sind Bestandteil dieser Region. Wir werden uns weiter im Bereich der Beschäftigungsförderung engagieren, vor allem für diejenigen, die eine besondere Unterstützung brauchen. Dafür steht die begonnene Ausbildungsinitiative mit den Schwerpunktsetzungen:

- eine zweite Chance für Hauptschülerinnen und -schüler ohne Hauptschulabschluss,
- gezielte Werbung um Ausbildungsplätze und eine individuelle Ausbildungsbegleitung für benachteiligte junge Menschen sowie
- gezielte Maßnahmen zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen.

In Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der Agentur für Arbeit und der Region Hannover werden wir die erfolgreichen Projekte für benachteiligte Jugendliche ausweiten. Ziel ist dabei jedem und jeder Jugendlichen in Hannover den Hauptschulabschluss, auch mit einem zweiten Anlauf, zu ermöglichen und mit konkreter Begleitung die Ausbildungsfähigkeit zu verbessern und eine Berufsperspektive zu eröffnen.

Das Engagement der Stadt mit dem Stützpunkt Hölderlinstrasse als Träger von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen werden wir zu einem zukunftsfähigen, innovativen Standort für Beschäftigungsmaßnahmen weiterentwickeln. Hier sollen auch künftig Arbeitssuchende mit besonderen Problemen durch sorgfältige Begleitung, Betreuung und Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Die Programme und Initiativen zur Beschäftigungsförderung werden wir auch künftig auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen von Frauen und Mädchen ausrichten. Dazu gehört auch, dass wir spezifische Qualifizierungsprojekte für Alleinerziehende fördern und junge Frauen unterstützen in Bereichen tätig zu sein, die traditionell von Männern dominiert werden.

## Soziale Dienstleistungszentren schaffen

### - durch Bündelung sozialer Dienstleistungen in den Stadtbezirken

Die Stadt Hannover hält eine Vielzahl von sozialen Dienstleistungen für ihre Einwohnerinnen und Einwohner vor, die von unterschiedlichen Verwaltungsstellen (Fachbereich Soziales, Familie und Jugend, Bildung und Qualifizierung, Senioren, Wohnen etc.) angeboten werden. Hinzu

kommt eine breite Palette von Beratungs- und Hilfeleistungen der Freien Wohlfahrtsverbände, der Kirchen und weiterer Initiativen, die häufig unkoordiniert neben einander arbeiten. Für den einzelnen Hilfesuchenden bedeutet dies häufig, dass er eine Vielzahl von verschiedenen Anlaufstellen aufsuchen muss, wenn er mehrere Verwaltungsleistungen zur Bewältigung seiner Probleme benötigt.

Wir wollen durch die Einrichtung von sozialen Dienstleistungszentren in den Stadtbezirken bestehende soziale Beratungsangebote bündeln und effektivieren. Damit tragen wir dem Bedürfnis der Menschen nach persönlichen Ansprechpartnerinnen und -partnern sowie nach Hilfestellung und Beratung, die gut erreichbar ist, Rechnung.

Aufbauend auf dem bestehenden Angebot des Kommunalen Sozialdienstes sollen in Stadtbezirken die Dienstleistungen der Bereiche Soziales, Familie- und Jugend, Senioren, Obdachlose und Aussiedler/Flüchtlinge, Wohnen in Teams mit Expertinnen und Experten zusammengefasst werden.

Soziale Dienstleistungszentren umfassen die Leistungen, die unter dem Aspekt der unterschiedlichen Lebenslagen zusammengehören. Sie ermöglichen vor Ort die Ressourcen im Stadtbezirk/Stadtteil zu erschließen und Ansatzpunkte für Bürgerbeteiligung zu schaffen. Sie bieten die Struktur und eine Basis, um mit anderen sozialen Dienstleistungsträgern, Einrichtungen, Organisationen, Vereinen und Nachbarschaften zu kooperieren und den Schwerpunkt stärker auf Prävention und Stärkung der Selbsthilfekräfte zu legen. Sie bieten eine gute Basis zur Gewinnung eines breiteren bürgerschaftlichen Engagements. Generationsübergreifendes Zusammenarbeiten wird dadurch erleichtert, Kapazitäten werden gebündelt und Doppelarbeit abgebaut.

## **Schuldnerberatung und Vermittlung von Finanzkompetenz**

Seit Jahren steigt die Zahl der überschuldeten Haushalte auch in Hannover. Die Ursachen für die Verschuldung sind vielfältig: z. B. unvorhergesehene Ereignisse wie Arbeitslosigkeit, Trennung/Scheidung, Krankheit, unwirtschaftliches Verhalten oder Sucht. Beratung von erwachsenen Schuldnerinnen und Schuldnern hat in Hannover lange Tradition. Studienergebnisse und Erfahrungen zeigen, dass nicht erst nach Eintritt der Verschuldungssituation Handlungsbedarf besteht, sondern bereits in deren Vorfeld. Wir werden deshalb auf der Basis bestehender Hilfeangebote ein möglichst flächendeckendes Präventionsangebot aufbauen. Da Kinder und Jugendliche zunehmend in Schuldenfallen geraten, sind Präventionsmaßnahmen ebenso auf sie auszurichten. Ein Leitfaden zur Überprüfung der Seriosität einer Schuldnerberatung soll erarbeitet werden.

## **Behinderte Menschen beteiligt und selbst aktiv**

Die Stadt Hannover hat die Erklärung von Barcelona „Die Stadt und die Behinderten“ unterzeichnet. Sie verpflichtet uns, Teilhabe und Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen kontinuierlich mit zu denken und umzusetzen. Wir sehen diese Selbstverpflichtung als kontinuierliche Aufgabe an mit dem Ziel, dass Menschen mit Behinderungen ihre Lebenssituation verbessern und dass die gegenseitige Akzeptanz erhöht wird.

Mit der fest etablierten Einrichtung der Funktion der Behindertenbeauftragten der Stadt haben wir eine Ansprechpartnerin, die mit großem Engagement für die Belange der Menschen mit Behinderungen eintritt. Wir werden auch künftig dafür Sorge tragen, dass für ihre Aufgabenwahrnehmung Mittel bereitgestellt werden. In Kooperation mit Menschen mit Behinderung wird eine konkrete Erarbeitung und Begleitung von Konzepten, Veranstaltungen und Initiativen ermöglicht, die auch den barrierefreien und für ältere Menschen in Zukunft bedeutsamen Ausbau des Wohnumfeldes einschließt.

## **Angebote für Senioren und Seniorinnen zukunftsfähig gestalten**

Wir wollen in der Seniorenpolitik neue Schwerpunkte setzen und damit den Herausforderungen der demografischen Entwicklung, aber auch den veränderten Familienstrukturen Rechnung tragen.

Ziel ist dabei die Stärkung und Unterstützung zum Erhalt der Selbstständigkeit und der psychischen Gesundheit sowie der Hilfe beim Verbleib in der eigenen häuslichen Umgebung trotz Mobilitätseinschränkungen.

Wir werden das Angebot zur Unterstützung der Versorgung älterer Hilfe- und Pflegebedürftiger und auch für Menschen mit Behinderungen im häuslichen/ambulanten Bereich ausbauen. Die bereits gut ausgebauten Hilfemaßnahmen zur häuslichen Wohnraumanpassung im Falle von Mobilitätseinschränkungen werden wir fortführen und mit konkreten Beratungs- und Hilfeangeboten zur Versorgung in der eigenen Wohnung besser verknüpfen.

Wir werden gemeinsam mit Wohnungsunternehmungen neue Wohnformen entwickeln und durchführen, die den Bedürfnissen älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen entsprechen. Eine flächendeckende Versorgung der Stadt mit Seniorenbüros in Kooperation mit freien Trägern streben wir an.

Dabei werden wir insbesondere die Belange von Seniorinnen berücksichtigen, die aufgrund der Lebenserwartung die größte Gruppe sind. Ein ehrenamtlicher Besuchsdienst für Senioren und

Seniorinnen, insbesondere Bewohnerinnen und Bewohner in Alten- und Pflegeheimen wird ausgebaut. Die Möglichkeit von Transporten von Tür zu Tür für besondere Veranstaltungen durch Ehrenamtliche wird geprüft.

## **Nachbarschaftsnetzwerke entwickeln und ausbauen**

Wir haben in sozial schwierigen Stadtteilen begonnen, soziale Netzwerke wie Nachbarschaften zu unterstützen und zu fördern. Aufbauend auf die Erfahrungen der Bildungsprojekte in den Netzwerken von FLUXUS werden wir weitere Nachbarschaftsnetzwerke in Wohngebieten initiieren, die gemeinsam mit Professionellen und Ehrenamtlichen z. B. Schulaufgabenbetreuung, Seniorenhilfen, Elterncafés oder Babysitting organisieren und durchführen.

Diese Modellprojekte werden wissenschaftlich begleitet und auf ihre Übertragbarkeit ausgewertet. Unser Ziel ist es, erfolgreiche Ansätze nachbarschaftlicher Strukturen in andere Stadtteile zu übertragen und für die Stadt gut funktionierende Netzwerke zu etablieren.

## **Gesundheits-, Gewalt- und Suchtprävention für alle Kinder und Jugendliche**

Das Alter des ersten Konsums von Suchtmitteln wie Alkohol, Zigaretten oder Drogen sinkt kontinuierlich und Probleme verhaltensbedingter Erkrankungen von Kindern nehmen zu. Dem Konsum von Suchtmitteln, werden wir, ebenso wie dem Phänomen der zunehmenden Gewaltbereitschaft und der fehlenden Gesundheitsvorsorge von Kindern und Jugendlichen mit verstärkten präventiven Maßnahmen begegnen. Wir werden ein Gesamtkonzept der Gesundheits-, Gewalt- und Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in Kindertagesstätten, Schulen, Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und in Sportstätten entwickeln und umsetzen. Bereits bestehende Erfahrungen mit Konfliktlotsen werden wir einbeziehen. Die Einbindung von Eltern, Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern und anderen in der Jugendarbeit Tätigen ist unverzichtbar.

## **Politik für Lesben und Schwule**

Die Schwerpunkte der SPD-Gleichstellungspolitik für Lesben und Schwule sind ein Aktives Auftreten gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen, die positive Darstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in der Öffentlichkeit, die Verbesserung der Kundenorientierung in der Stadtverwaltung gegenüber Lesben und Schwulen und die Förderung von lesbischen und schwulen Gruppen und von nichtkommerziellen Angeboten für Lesben und Schwule.

## 5. Internationale Stadt mit kultureller Vielfalt

### Hannover – internationale Stadt

Hannover ist eine internationale Stadt – und dies aus vielen Gründen. Großveranstaltungen wie die EXPO 2000, die vielen verschiedenen jährlichen Messen mit der CeBit und der Industriemesse führen Menschen aus vielen verschiedenen Ländern nach Hannover. Menschen anderer Kulturen im Stadtbild sind gerne gesehen und werden in Hannover freundlich aufgenommen. Die FIFA-Fußball WM in diesem Jahr wird wieder ein Beispiel hierfür werden. Wir freuen uns auf unsere Gäste!

Auch die Universitäten und Fachhochschulen führen vielen Menschen anderer Nationalität nach Hannover. Viele Studierende und Gastwissenschaftler mit internationalem Rang kommen aus anderen Ländern nach Hannover, um hier zu forschen, zu lehren und zu leben. Und hierauf sind wir stolz.

Unsere Städtepartnerschaften sind fester Bestandteil der internationalen Zusammenarbeit der Stadt Hannover. Viele Bürgerinnen und Bürger haben Freunde in anderen Ländern gefunden; Erfahrungsaustausche, gemeinsame Erlebnisse und Projekte sind Basis dieser gelebten Kooperationen.

Insgesamt leben Menschen mit 170 unterschiedlichen Nationalitäten in Hannover. Rund 20% der Menschen in Hannover haben keinen deutschen Pass oder neben dem deutschen einen weiteren. 40% der Kinder, die heute in Hannover geboren werden, kommen aus Familien mit Migrationshintergrund.

### Kulturelle Vielfalt: Herausforderung und Chance zugleich

Internationalität und kulturelle Vielfalt sind Herausforderung und Chance zugleich:

Chance, weil Internationalität und kulturelle Vielfalt unsere Stadtgesellschaft bereichern. Menschen, die mehrere Sprachen sprechen und in verschiedenen Kulturen zu Hause sind, sind wichtige Mittler/innen zwischen den Kulturen. Mit einer guten Ausbildung haben sie besondere Chancen auf dem Arbeitsmarkt – denn die Internationalisierung der Wirtschaft und internationale Kooperationen erfordern gerade solche Menschen. Dies stärkt den Standort Hannover.

Unser Leitbild ist eine interkulturelle Stadtgesellschaft, die auf Chancengleichheit und Gleichstellung der in ihr lebenden Menschen setzt. Ein solches Leitbild setzt auf das gesamte Potenzial der Einwohnerinnen und Einwohner, das es zu entdecken und zu entfalten gilt.

Neben der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist es eine weitere Aufgabe, die Stadt Hannover international als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort zu positionieren und wettbewerbsfähig zu machen. Personen, die sich als Messe-/Eventgäste, Touristen, Studenten oder Dozenten wie auch sonstige ausländische Gäste in Hannover zeitlich begrenzt aufhalten, gilt es, für diesen Zweck als „Botschafter“ zu gewinnen, indem sie von der Internationalität und der Attraktivität Hannovers während ihren Aufenthaltes überzeugt werden.

Dazu ist es notwendig, an wichtigen Knotenpunkten (touristische Besuchsorte wie z.B. Zoo Hannover, Herrenhäuser Gärten, etc.), Verkehrswegen und öffentlichen Verkehrsmitteln (Beschilderung, Aufbau von Infosäulen, etc.) mehrsprachige Informationen anzubieten.

## **Integration als zentrale Herausforderung**

Kulturelle Vielfalt ist aber auch Herausforderung. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher Herkunft in Hannover nicht nebeneinander sondern miteinander leben. Wir wollen eine integrative Gesellschaft und keine Parallelgesellschaften!

Die Erfahrung auch in Hannover zeigt: Integration ergibt sich nicht von selbst sondern kann nur mit Anstrengung und Engagement von allen gemeinsam gelingen! Integration erfordert Offenheit und Respekt von allen Seiten für die jeweils anderen Kulturen. Integration erfordert vor allem auch die Überwindung sprachlicher Barrieren. Auch wenn sprachliche Kompetenz allein noch kein Garant für Integration ist, ausreichende Deutschkenntnisse sind eine entscheidende erste Voraussetzung für Integration und für die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir wissen: Obwohl viele Zuwanderinnen und Zuwanderer schon seit Jahren oder Jahrzehnten bei uns leben und sich in Hannover zuhause fühlen, sind wir noch nicht am Ziel.

Wir stehen deshalb für eine aktive Integrationspolitik und werden dies zu einem unserer politischen Schwerpunkte für die nächsten fünf Jahre machen.

Wir wollen mit niedrigschwelligen Angeboten dazu beitragen, bestehende interkulturelle Hemmschwellen, Sprachprobleme, Ängste oder sonstige Unsicherheiten zu überwinden. Daneben wollen wir generell mehrsprachige Informations- und Kontaktangebote ausweiten.

## **Mit einer „Allianz für Integration“ Politik gemeinsam gestalten**

Wir wollen eine aktive Integrationspolitik gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten gestalten. Wir werden deshalb zusammen mit Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen konkrete Maßnahmen im Rahmen eines interkulturellen Handlungsprogramms (wie unten beschrieben) entwickeln und umsetzen. Unsere Partner dabei sind u. a.: Die Migrationsverbände, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Polizei und die Arbeitsgemeinschaft von Arbeitsagentur und Region Hannover (ARGE). Zentral ist die gemeinsame Arbeit am Ziel der Integration.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Migrantinnen und Migranten sich aktiv an der Meinungsbildung des Rates und seiner Gremien beteiligen können. Daher sprechen wir uns für eine stimmberechtigte Mitgliedschaft von Migrantinnen und Migranten in den Ratsgremien aus, soweit es im Rahmen der Nds. Gemeindeordnung möglich ist.

Wir werden auch in Zukunft Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten fördern und damit ihr bürgerschaftliches Engagement unterstützen.

Unsere Überzeugung ist: Integration muss vor Ort im täglichen Miteinander gelebt werden. Deshalb wollen wir eine gute Nachbarschaft und das Miteinander der Kulturen vor allem in den Stadtteilen fördern. Dazu wollen wir in den Stadtteilen viele stadtteilorientierte „Allianzen für Integration“ zusammen mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wie Kirchengemeinden und anderen Religionsgemeinschaften, Sportvereinen, Kultureinrichtungen, Schulen und Kindertagesstätten starten. Gemeinsam sollen stadtteilorientierte Handlungsansätze entwickelt und umgesetzt werden.

## **Interkulturelles Handlungskonzept gemeinsam entwickeln und umsetzen**

Wir wollen eine aktive Integrationspolitik auf der Grundlage eines interkulturellen Handlungskonzeptes betreiben. Dieses soll zusammen mit den Migrationsverbänden und anderen Partnern der „Allianz für Integration“ entwickelt und umgesetzt werden. Schwerpunkte dabei sind

- die Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen (im Kapitel Bildung ausgeführt),
- besondere Sprachförder- und andere Bildungsangebote für Migrantinnen und Migranten (im Kapitel Bildung näher ausgeführt),
- die Verbesserung der Ausbildungschancen von jungen Migrantinnen und Migranten,
- die Förderung der Nachbarschaft und des interkulturellen Verständnisses,
- die Vermeidung interkultureller Konflikte, Gewaltprävention und Kriminalprävention,

- eine Stärkung der interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung und
- die Förderung der wirtschaftlichen Potenziale von Migrantinnen und Migranten.

Die Umsetzung des Programms werden wir aktiv begleiten und seine Wirkung überprüfen.

## **Interkulturelle Kompetenz der Verwaltung stärken**

Wir werden die interkulturelle Kompetenz der Kommunalverwaltung weiter stärken. Wir streben an, dass bei der Personalentwicklung Migrantinnen und Migranten verstärkt in der Stadtverwaltung eingestellt bzw. gefördert werden. Ziel ist ein Anteil der Beschäftigten, der dem Anteil an der Stadtbevölkerung entspricht.

Das Ausländeramt und Universität werden noch enger kooperieren, um Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei den ausländerrechtlichen Fragen noch besser zu unterstützen.

## **Kultur- und Sprach-Scouts**

Wir werden ein Projekt „Kultur- und Sprach-Scouts“ initiieren, durch das die bi-nationale Kompetenz der hier lebenden Migrantinnen und Migranten für Hannover in den Bereichen Tourismus und Stadtmarketing genutzt werden kann.

## **Interkulturelle Kompetenz in der Stadt**

Wichtig ist eine Verankerung der interkulturellen Kompetenz in vielen Bereichen der Stadtgesellschaft. Initiativen, die dies fördern – wie z.B. das ethno-medizinische Zentrum für den Gesundheitsbereich – sind wichtige Ansätze für die Verwirklichung der Integration in Hannover.

## **Besondere Angebote für ältere Migrantinnen und Migranten**

In Hannover leben eine zunehmende Anzahl älterer Migrantinnen und Migranten. Ihre Interessen und Bedürfnisse müssen bei unseren Angeboten der Freizeitgestaltung, aber auch bei unseren Hilfeangeboten in besonderer Weise berücksichtigt werden. Hier wollen wir auf den bestehenden Erfahrungen aufbauen. Die städtischen Angebote für Hilfe, Beratung, Wohnen und Pflege im Alter werden wir kultursensibel ausrichten.

## 6. Lebenswerte Stadt – lebenswerte Stadtteile

Die Stadt ist wieder „in“, sie hat wieder eine neue Anziehungskraft. Kurze Wege, Kultur- Bildungs- und Freizeitangebote, attraktive Einkaufsmöglichkeiten, Vielfalt und Lebendigkeit, urbanes Flair. Jedes dieser verschiedenen Wohnquartiere ist für die Bewohnerinnen und Bewohner ein Stück Heimat geworden, ein Ort der Identifikation, an dem man gerne lebt und für den man sich gerne engagiert: Neun von zehn Hannoveranerinnen und Hannoveraner leben sehr gern oder gern in unserer Landeshauptstadt. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung wohnt 20 Jahre oder länger im jetzigen Stadtteil. Und die Menschen schätzen dabei besonders die hohe Wohn- und Lebensqualität: die Nähe von Grün- und Erholungsflächen, die guten Verkehrsanbindungen, die zentrale Lage bzw. Nähe zur Innenstadt, die guten Einkaufsmöglichkeiten vor Ort, die gute Infrastruktur und die Nachbarschaft.

Die große Zufriedenheit seiner Bewohnerinnen und Bewohner mit Hannover ist das Ergebnis einer kontinuierlichen und zukunftsorientierten Stadtentwicklungspolitik. Die Herausforderungen und Trends der Stadtentwicklung begreifen wir als Chance für die weitere Entwicklung, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Dabei müssen wir uns dem Wettbewerb auch mit anderen Großstädten stellen, aber zugleich ein sozial ausgewogenes Klima in der Stadtgesellschaft aufrechterhalten. Sozialdemokratische Stadtentwicklung steht auf zwei Beinen: Zum einen Entwicklung der City. Zum anderen die Entwicklung lebenswerter Stadtteile!

Wir setzen auch weiterhin auf starke und selbstbewusste Stadtteile mit lebendigen Zentren und die Nachbarschaft. Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung ist für uns selbstverständlich; wir berücksichtigen die spezifischen Lebenslagen von Frauen und Männern bei der Planung.

Wir setzen auf folgende Schwerpunkte:

- Nachhaltige Stadt(teil)entwicklung - Programme, Kampagnen, Image- und Modellprojekte
- Soziale Stadtsanierung – Soziale Stadt
- Revitalisierung von Industriebrachen,
- Lokale Gewerbeberatung und -sozialplanung,
- „Business Improvement Districts“ - Bündnisse für Investition und Dienstleistung
- Mehr Demokratie wagen - Bürgerbeteiligung, Quartiers- und Stadtbezirksmanagement.

## **Nachhaltige Stadtteilentwicklung und Nachhaltige Stadt(teil)entwicklung – Programme, Kampagnen, Image- und Modellprojekte**

In Modellprojekten für die Stadtteilentwicklung sollen mit Hilfe von Stadtteilkonferenzen Konzepte zur Verbesserung von Lebensqualität, Stadtteilidentitäten und positiven Standortimages entwickelt werden. Diese Konzepte sind Grundlage für den Dialog mit der Wohnungswirtschaft, dem Einzelhandel und der Öffentlichkeit. Hiermit sollen auch Impulse für private Investitionen gegeben werden.

2005 sind Modellprojekte für integrative Stadtteilentwicklung in Ricklingen / Ricklinger Stadtweg, Kleefeld / Kantplatz, Mitte / Warmbüchenviertel, Vahrenwald / Vahrenwalder Straße, Döhren / Fiedeler Straße, Badenstedt / Badenstedter Markt, Calenberger Neustadt, List / westliche Podbielskistraße sowie in der Lister Meile begonnen worden, erste konkrete Projekte, z. B. Zusammenschlüsse von Geschäftsleuten, Entwicklung von Einkaufsstraßen-Logos, Nachbarschaftsinitiativen, Markt der Möglichkeiten, Umgestaltung eines Platzes in der Lavesstraße befinden sich in der Umsetzung. Neue Quartiere (u. a. östliche Podbi, Vinnhorst, Herrenhausen-Stöcken) sollen in das Programm aufgenommen werden.

Zur Stärkung des Wohnstandorts Hannover und um ihn attraktiver zu machen, wird die Kampagne „Hannover heißt Zuhause“ fortgesetzt. Zu den konkreten Projekten gehört die Schaffung neuer qualitativvoller Wohnangebote in der Stadt. In ausgewählten Stadtteilen sollen auch Imagekampagnen durchgeführt werden, die die Verbesserung des Stadtteilimages bewirken sollen. Hiermit kann das örtliche Bürgerengagement unterstützt werden.

Das Stadtplatzprogramm „Hannover schafft Platz“ ist eine Erfolgsgeschichte. In seiner Zielsetzung ist es ein wichtiger Baustein für die Lebensqualität in der Stadt. Mittlerweile sind 24 Stadtteilplätze in allen Teilen der Stadt unter Beteiligung der Bevölkerung aufgewertet und teilweise umgestaltet worden. Städtebauliche und historische Bezüge wurden wieder hergestellt, Plätze wurden entrümpelt und neu geordnet, Nutzungskonflikte entspannt, neue Entfaltungsmöglichkeiten für Kinder geschaffen und eine neue Pflegekultur für das Stadtgrün entwickelt. Diese Arbeit wird fortgesetzt. Bis 2011 wollen wir weitere 25 Stadtplätze aufwerten.

## **Soziale Stadtsanierung – Soziale Stadt**

Die Soziale Stadtsanierung über das Förderprogramm „Soziale Stadt“ zur Verbesserung der Wohnsituation, der Lebensbedingungen und wirtschaftlichen Lage in Stadtteilen muss fortgesetzt werden. In Hannover wurden die Gebiete Mittelfeld, Hainholz und als Modellprojekt Vahrenheide-Ost in das Programm aufgenommen. Unser Ziel ist, dass als nächste Stadtteile Stöcken und Linden-Süd über das Programm gefördert werden.

## **Gewerbeberatung und -sozialplanung**

Zur Unterstützung in den drei Soziale-Stadt-Gebieten wurde ein Projekt, das sich um die Sicherung und Entwicklung der dortigen Gewerbestandorte und ansässigen Betriebe und sowie ansiedlungsinteressierte GewerbemieternInnen, ExistenzgründerInnen und InvestorInnen kümmern soll. Zukünftig sollen für die einzelnen Standorte Nutzungskonzepte mit den Gewerbetreibenden entwickelt werden.

## **Die Revitalisierung von Industriebrachen**

Die Revitalisierung von Industriebrachen birgt ein enormes Entwicklungspotenzial, auf das wir auch in Zukunft setzen. In Limmer wird z.B. die Vorbereitung des ehemaligen Conti-Geländes für eine Wohnbebauung getroffen. Wichtige Bau- und Investitionsmaßnahmen sind auch für die Nutzung eines Großteils des Südbahnhofgeländes und die Nutzung eines Teils des Hauptgüterbahnhofs in Planung.

## **„Business Improvement Districts“ – lokale Bündnisse für Investition und Dienstleistung**

Wir regen die Schaffung von Business Improvement Districts (BID) nach nordamerikanischem Vorbild an. In Geschäftsbezirken, die von verändertem Einkaufsverhalten negativ betroffen sind, kann von Geschäftsleuten und Grundeigentümern ein Zusammenschluss gebildet werden, der Abgaben von seinen Mitgliedern sammelt und diese für gemeinsam beschlossene Aufwertungsmaßnahmen re-investiert. Das gemeinsame Engagement von Geschäftsleuten kann so zum Nutzen des Gemeinwohls werden. Wir setzen uns für die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für BIDs ein.

## **Mehr Demokratie wagen – Bürgerbeteiligung, Quartiers- und Stadtbezirksmanagement – Bezirksräte stärken**

In der öffentlichen Wahrnehmung der Stadtentwicklung fallen zunächst die „Leuchttürme“ auf: AWD-Arena, Weiterentwicklung des Einzelhandelsstandorts City Hannover, Weiterentwicklung des Raschplatzes und andere Beispiele. Genauso wichtig sind aber auch die vielen kleinen und großen Maßnahmen, die die einzelnen Stadtteile vorangebracht haben.

Veränderungsprozesse in den Stadtteilen sollen so gestaltet werden, dass bei der Umsetzung von Maßnahmen die Wechselbeziehungen auf andere Lebensbereiche im Stadtteil gleichzeitig

betrachtet und gegebenenfalls ebenfalls gelöst werden. So wurde z.B. bei der Ausweisung von Wohnbebauung auch geprüft, welche soziale Infrastruktur wie z.B. Kindertagesstätten, Krippen- und Hortplätze, Schulen und Spielplätze zur Verfügung zu stellen ist.

### **Hannover: ein Leben in den Stadtteilen**

Wir wollen nicht nur Politik in den Stadtteilen gestalten, wir möchten das Miteinander und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihren Stadtteil aktiv unterstützen. So kann das Leben in den Stadtteilen noch lebendiger werden. Wir unterstützen die Gründung von Nachbarschaftsnetzwerken zur Förderung des nachbarschaftlichen Miteinanders, Stadtteilaktivitäten der Schulen, die Arbeit der Kulturtreffs als Ort von Stadtteilkommunikation, die Arbeit von Vereinen und Verbänden in den Stadtteilen, die Entwicklung von Infrastruktur zur Versorgung in den Stadtteilen und den Erhalt wohnungsnaher Kleingärten.

### **Neue Herausforderungen – unsere Antworten für die Stadtteile und Stadtbezirke**

Das Wohnumfeld und der Stadtteil sind für die Gemeinschaft, für das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger von großer Bedeutung. Deshalb wollen wir auch in Zukunft das Wohnumfeld kontinuierlich verbessern. Die sozialen Lebenslagen in den Stadtteilen sind allerdings nicht gleich verteilt. Diesen Herausforderungen werden wir uns weiterhin mit differenzierten Angeboten stellen. Wir werden deshalb die unterschiedlichen Erfahrungen mit dem Programm „Soziale Stadt“ in den Stadtteilen Mittelfeld, Hainholz und Vahrenheide-Ost auswerten und prüfen, was übertragbar ist und in anderen Stadtteilen umgesetzt werden kann. Hierzu bedarf es der Einbeziehung der verschiedensten Akteure im Stadtteil, deren Kompetenz und Engagement uns helfen werden. Dabei werden wir uns neuen Herausforderungen aufgrund demografischer Entwicklung und von Wanderungsbewegungen zwischen Stadt und Umland stellen.

Großprojekte interessieren und bewegen die Emotionen in besonderer Weise. Hierzu gehören Themen wie Verkehrsentwicklung, Wohnen und Gewerbe, Wohnen und Freiraum und Bestandsschutz. Wir wollen Stadtentwicklung und Stadtteilentwicklung zusammenführen und an einem Gesamtbild von Stadtentwicklung und Stadtteilentwicklung arbeiten. Die Bürgerinnen und Bürger wollen wir an diesem Prozess z.B. durch die Organisation von Bürgerforen aktiv beteiligen.

Die positiven Erfahrungen mit Sanierungskommissionen und Verkehrsforen zeigen, dass sich Bürgerinnen und Bürger der politischen Themen des Stadtteils annehmen und sich als Experten ihres Stadtteils an Lösungen beteiligen. Bürgerforen sind zeitlich befristete Veranstaltungen, die allen Bürger/innen offen stehen, in denen die anstehenden politischen Fragen analysiert werden und die gefundenen Lösungen gemeinsam getragen werden. Die Themen der

Kinder- und Jugendarbeit sollen unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bearbeitet werden.

## **Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung:**

### **Stadteil-/Stadtbezirksmanagement**

Die ehrenamtlichen Stadtbezirksräte sind erste Anlaufstation für die Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Vereine und Netzwerke aus den Stadtteilen. In der Verwaltung wird ein Stadtbezirksmanagement für die Koordination und Entwicklung der Stadtteile zuständig sein. Um für engagierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Bürgerinitiativen und Stadtteilpolitiker/innen vor Ort einen verlässlichen Ansprechpartner zu haben, werden wir für die Stadtbezirke ein Stadtbezirksmanagement mit einer verantwortlichen Person einführen. Stadtbezirksmanager können professionelle Unterstützung an der Schnittstelle von Bevölkerung, Politik und Verwaltung leisten. Die Stadtbezirksmanager sollen Ideen und Projekte aus dem Stadtbezirk aufgreifen, unterstützen und auch initiieren. Als zentrale Anlaufstelle übernehmen sie die Position des „Kümmerers“ im Stadtbezirk. Eine stärkere Identifikation mit dem Stadtteil und der Stadtteilpolitik führt unseres Erachtens über eine verstärkte Teilhabe und eine verbesserte Koordination der verschiedenen Stadtteilakteure.

### **Quartiersmanagement**

Methoden der Gemeinwesenarbeit und des Quartiersmanagements werden vor allem in Stadtteilen eingesetzt, in denen sich soziale Probleme und Benachteiligungen kumulieren. Neben den Gebieten der „Sozialen Stadt“ wie z. B. Hainholz und Mittelfeld wurden Quartiersmanagementprojekte auch in Linden-Süd, Mühlenberg, Roderbruch und Stöcken Quartiersmanagementprojekte gestartet. Wir streben die Ausweitung des Programms an.

### **Entscheidungskompetenz der Bezirksräte stärken**

Beteiligung und Engagement braucht Gestaltungs- und Entscheidungskompetenz. Wir werden die Bezirksräte stärken. Bezirksräte sind diejenigen politischen Vertreter/innen, die auf vielfältige Weise mit den Bürger/innen vor Ort verbunden sind. Wir werden folgende Punkte prüfen und zur Diskussion stellen, mit dem Ziel, den Stadtbezirksräten mehr politisches Gewicht zu verleihen:

- Ausweitung der Entscheidungskompetenz auf Projekte und Themen, die keine Auswirkungen auf andere Stadtbezirke haben. Diese sollten vor Ort entschieden werden.
- Eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Hannover, um mehr Stadtteildemokratie möglich zu machen.

- Ausweitung der bestehenden Quartierbudgets für die Stadtbezirke, in dessen Rahmen die Stadtbezirksräte unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger eigenständige Prioritätensetzungen vornehmen werden.

## **7. Offene Gesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in Hannover**

### **Bürgerschaftliches Engagement ist eine zentrale Basis für die positive Entwicklung Hannovers in der Zukunft**

Bürgerschaftliches Engagement ist eine notwendige Voraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Das wird sich in Zukunft noch verstärken. Staat und Kommunen müssen mit knappen öffentlichen Mitteln zurechtkommen. Die Herausforderungen von Demokratie, Integration und Globalisierung sind nur mit der Hilfe einer aktiven starken Bürgerschaft zu meistern. Und der aktive Bürgersinn ist nicht nur der Kitt der Gesellschaft, in Gesellschaften mit hohem sozialem Kapital entwickelt sich auch die Wirtschaft besser. Soziales Kapital macht in jeder Hinsicht reicher.

### **Hannover hat eine reiche und lebendige Kultur des Ehrenamts und des Bürgersinns**

In Hannover gibt es über 400 Sportvereine, in denen viele Bürgerinnen und Bürger aller Altersstufen eingebunden sind und viele als Übungsleiter/innen oder in Vorständen aktiv sind. Wir haben eine aktive Szene von Selbsthilfegruppen. In Hannover ist vor acht Jahren die erste Bürgerstiftung Deutschland entstanden und wurde seitdem bundesweit zum Vorbild für fast 100 Neugründungen. Unsere Elterninitiativen sind ein unverzichtbarer Bestandteil bei den Kinderbetreuungsangeboten. Viele Bürgerinnen und Bürger sind aktiv in ihren Kirchengemeinden; viele engagieren sich in Jugendgruppen oder helfen bei der Betreuung alter oder kranker Menschen. Im Verein Mentor e. V. geben Hunderte von Bürgerinnen und Bürgern kostenlos Kindern aus sozial schwachen Familien Lesehilfe – auch diese Initiative hat bundesweit Ausstrahlungswirkung entfaltet. Auf unsere Bürgergesellschaft können wir in Hannover stolz sein!

### **Bürgerschaftliches Engagement entsteht aus der Mitte der Bürgerschaft**

Ehrenamtliches Engagement und aktiver Bürgersinn können nicht von oben angeordnet werden. Die Bürgergesellschaft wird von aktiven Frauen und Männern, „von unten“ aus einer starken Bürgerschaft heraus gebildet. In Hannover herrscht dafür ein positives Klima.

Es ist unser zentrales politisches und persönliches Anliegen, dieses bürgerschaftliche Engagement zu unterstützen und zu fördern, wo immer sich die Möglichkeit bietet und die Entwicklung der Stadt im engen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern fortzuführen. Unsere Hauptziele sind,

- das Ehrenamt nach Kräften zu unterstützen,
- Voraussetzungen für die ehrenamtliche Arbeit zu verbessern,
- die Stadtverwaltung für die Kooperation mit bürgerschaftlicher Eigeninitiative zu öffnen und zu motivieren,
- aktive Bürgerinnen und Bürger zu würdigen,
- die hohe Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in die Öffentlichkeit zu tragen und so noch mehr junge und alte Bürgerinnen und Bürger für einen aktiven Einsatz zu begeistern.

### **Wir sehen vor allem folgende Ansatzpunkte und Handlungsmöglichkeiten:**

- Wir haben ein ambitioniertes Freiwilligenzentrum, das ehrenamtliches Engagement unterstützt und fördert. In einem ersten Schritt haben wir es ermöglicht, dass es in der Mitte der Stadt am Platz der Weltausstellung für alle Bürgerinnen und Bürger gut erreichbar ist. Die Arbeit und Kooperation mit dem Freiwilligenzentrum muss auch in Zukunft gestärkt werden.
- Öffentlicher Raum soll vermehrt von Initiativen genutzt werden können, z. B. an Nachmittagen oder Wochenenden nicht genutzte Räume in Schulen. Die Stadtverwaltung muss durch ihre Arbeit verstärkt solche Initiativen fördern und ermöglichen, aber auch Qualifizierung und Know-how vermitteln. Unter Bildungsaspekten können zum Beispiel in Eigenverantwortung von Initiativen in Schulgebäuden sinnvolle Veranstaltungen angeboten werden.
- Bürgersinn braucht Geld zur Umsetzung der guten Ideen. Aus dieser Einsicht heraus haben die Gründerinnen und Gründer der Bürgerstiftung Hannover gehandelt. Wir unterstützen in Hannover die Gründung eines Matching-Funds, um die Finanzkraft und die Handlungsmöglichkeiten der aktiven Bürgerschaft zu stärken. Ihr Ziel ist es, z.B. von Sparkassen, Banken oder Unternehmen neu eingerichtet, für jeden gespendeten Euro einen Euro oder mehr dazu zugeben, um Projekte und Vorhaben, die anders nicht oder nur schwer zu realisieren wären, zu finanzieren. Die hannoversche SPD setzt sich dafür ein, dass auch in Hannover ein Matching-Fund entsteht.

- Die demografische Entwicklung beschert uns einen unschätzbaren Reichtum und Aktivposten: eine große Anzahl aktiver älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die bereit sind, ihre Kraft, ihre Erfahrung und ihre Zeit der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Die SPD will als führende Partei auf sie zugehen. Die Stadt braucht ihre Seniorinnen und Senioren.
- Viele Jugendliche sind ehrenamtlich aktiv, zum Beispiel in Sportvereinen, Jugend- oder anderen Gruppen. Es muss uns gelingen, noch mehr Menschen zu gewinnen und davon zu überzeugen, welche Bereicherung das ehrenamtliche Engagement mit sich bringt.
- Gemeinsam mit Wirtschaft, Schulen und Verwaltung will die SPD eine Kultur der Anerkennung für das Ehrenamt fördern. Freiwilliger Einsatz muss benannt und belohnt werden – auch in Zeugnissen, Beurteilungen, Förderungen durch eine Ehrenamtscard und bei den Einstellungs- und Beförderungschancen.

## 8. Sportstadt Hannover

### Hannover ist Sportstadt

Hannovers Profil als Sportstadt steht auf drei starken Säulen:

Gut ausgebaute Sportstätten wie z.B. die AWD-Arena machen Hannover für sportliche Großereignisse wie z.B. die FIFA-Fußball-WM attraktiv. Sportliche Großereignisse haben eine wichtige Marketingfunktion für die Stadt. Deshalb werden wir uns auch in Zukunft sportliche Großereignisse bewerben.

In über 400 Sportvereinen finden die vielen tausend Mitglieder eine enorme Vielfalt von Sportarten. Hinzukommen die vielen hannoverschen Schützenvereine. Sie sind Sportvereine und gleichzeitig Teil der traditionellen hannoverschen Stadtkultur. Sie sind in ihren beiden Funktionen von besonderer Bedeutung für Hannover.

Und auch im Spitzensport ist Hannover in vielen Bereichen wie z. B. Schwimmen, Hockey, Eishockey, Wasserball, Rugby erfolgreich.

Ziel unserer Sportpolitik ist es, den Breitensport vor allem in den Vereinen zu fördern und dafür wie für den Spitzensport hochwertige Sportstätten und eine gute Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Offene Angebote wie z.B. Mitternachtssport, Altersport, Sport von Behinderten und vieles mehr haben auch zukünftig ihren Platz.

## Das Engagement der Sportvereine unterstützen

Sport soll und muss unabhängig vom Einkommen, vom Lebensalter oder der sozialen Situation für alle möglich sein. Sport hat eine wichtige Integrationsfunktion über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg. Deshalb sind Sportvereine so wichtig. Das ehrenamtliche Engagement in den Sportvereinen stärkt die Bürgergesellschaft. Sportlerinnen und Sportler haben Vorbildfunktion, Sport hält gesund und fördert Lern- und Entwicklungsprozesse. Wir werden deshalb das Engagement der Sportvereine auch in Zukunft unterstützen.

Sportvereine leisten einen wichtigen Beitrag bei der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit. Die Förderung der Jugendarbeit in den Sportvereinen hat weiterhin hohe Priorität für die SPD. Diese Arbeit muss auch als Teil der Jugendhilfeplanung Anerkennung und Förderung finden. Zukünftig möchten wir die Sportvereine als Partner für Sportangebote für die „Schule im Stadtteil“ gewinnen.

Mit neuen Ansätzen wie z.B. der Gründung eines Sportjugendzentrums wollen wir Kooperationen von Sportvereinen und Jugendzentren oder anderen Institutionen in den Stadtteilen initiieren.

## Zukunftsorientierte Sportstättenplanung

Eine zukunftsorientierte Sportstättenentwicklungsplanung ist notwendige Voraussetzung für die Sportpolitik der kommenden Jahre. Insbesondere die Schulsportstätten sind ein unverzichtbarer Teil der Sportinfrastruktur. Der Erhalt und die baulichen Sanierung der Sporthallen ist eine besonders wichtige Aufgabe der kommenden Wahlperiode.

Das Programm zur energetischen Sanierung von Vereinssportanlagen war in der vergangenen Wahlperiode äußerst erfolgreich, nicht zuletzt weil erhebliche Drittmittel durch die Vereine gewonnen werden konnten. Wir werden das Programm deshalb auch in den nächsten fünf Jahren weiterführen.

## Bäder mit Profil

Trotz striktem Sparkurs haben wir den Fortbestand aller Bäder sichern können. Mit den Entscheidungen zum Neubau des Misburger Bades und des Naturbades in Hainholz haben wir gefährdete Standorte langfristig sichern und profilieren können. Inzwischen gibt es bei den Bädern eine breite Trägervielfalt.

Wir wollen das Potenzial der städtischen Bäder zukünftig noch besser nutzen. Die zielgruppenorientierte Profilierung der Bäder z. B. als „Sportbad“, „Familienbad“ oder „Gesundheitsbad“ sollte weiter konsequent ausgebaut werden.

## 9. Vielfältige Kultur in Hannover

Hannover hat ein vielfältiges und differenziertes Kulturangebot, um das es vielerorts beneidet wird. Hannover wird sogar als die Kunsthauptstadt bezeichnet. Die städtische Kulturpolitik hat die Aufgabe, dieses Angebot zu wahren, weiterzuentwickeln, Zugänge für alle Bevölkerungsschichten herzustellen und Voraussetzungen für innovative Formen der Kultur zu schaffen. Die Kunst- und Kulturszene leistet einen großen Beitrag für das urbane Lebensgefühl, fördert die städtische Attraktivität gegenüber Bewohnern und Besuchern und strahlt große Anziehungskraft auf Menschen und Unternehmen aus.

Kulturpolitik kann durch eine gezielte Verknüpfung von privatem, freigemeinnützigem und öffentlichem Akteurinnen und Akteuren für eine gemeinsame Identität und eine positive Außenwirkung sorgen. Ideen für die Ausgestaltung bestehender Anlagen und Institutionen oder die Schaffung neuer Kultureinrichtungen müssen jeweils mit großer Fachlichkeit, in ihrer überregionalen Bedeutung, mit unterschiedlichen Finanzierungskonzepten und in Kooperation mit unterschiedlichen Trägern gedacht und entwickelt werden.

Die Volkshochschule soll durch eine klare Profilbildung gestärkt und modernisiert werden.

Das breite Angebot mit einer Museumslandschaft, einer lebendigen Theaterlandschaft aus freien Trägern und wandlungsfähigen großen Häusern, einer bunten Musik und Festivalszene, der lebendigen Stadtteilkultur mit kommunalen, freien und gemeinnützigen Trägern, dem Netz an Stadtteilbibliotheken und vielem mehr gilt es in den kommenden Jahren weiter zu erhalten und auszubauen.

Die Museen der Landeshauptstadt Hannovers besitzen einen hohen künstlerischen und kulturellen Rang. Die Sammlungen dieser Häuser und die Ausstellungen zeichnen sich durch hervorragende Qualität und große Vielseitigkeit aus. Die zunehmende Enge der Räumlichkeiten genügt langfristig nicht. Die diskutierten An- und Umbaupläne sind kaum durch städtische Mittel zu realisieren. Hierfür ist eine längerfristige Planung mit baulichen und inhaltlichen Perspektiven und alternativen Finanzierungsmodellen erforderlich. Ein Museumsentwicklungsplan muss Vorschläge zur Weiterentwicklung der Museumslandschaft enthalten. In diesem Kontext kann auch der Ausbau der hannoverschen Museen geplant werden. Das Sprengel Museum Hannover soll einen III. Bauabschnitt - finanziert von Stadt und Land - erhalten, um die Sammlung der

Werke von Nikki de St. Phalle präsentieren zu können. Hierfür bedarf es auch privaten Engagements und gemeinsamer Anstrengung kommunaler und staatlicher Ebenen.

Hannover bleibt die Stadt der Freien Theater. Wir sorgen weiter dafür, dass in Hannover mit ihren Spielstätten und Freien Theatern auch in Zukunft eine vielfältige, lebendige und spannende Theaterlandschaft erhalten bleibt. Die erfolgreichen Aktionen „Nacht der Theater“ sowie „Nacht der Museen“ sollen fortgeführt und auch im Stadtmarketing entsprechend platziert werden.

Die bundesweit führende Versorgungsdichte mit Bibliotheken und damit einer flächendeckenden Versorgung der hannoverschen Bevölkerung mit Büchern, Zeitschriften, CD-Roms etc. wird erhalten. Ziel ist ein qualitativ hochwertiges Bibliotheksangebot in den Stadtteilen.

Das Kommunale Kino wird erhalten. Es erfüllt in der Landeshauptstadt eine wichtige Bildungsaufgabe. Die politische Bildung mit Sensibilisierung für Themen wie Globalisierung, Interkulturalität, Geschlechtliche Orientierung, Menschen mit Handicaps ist für uns eine unverzichtbare Leistung. Es entwickelt sich ständig weiter und greift moderne Kommunikationsformen auf, z.B. digitale Filmübertragung synchron in verschiedenen europäischen Städten oder Präsentationen von bedeutenden Bühnenaufführungen. Das kommerzielle Kino kann diese Aufgabe nicht ersetzen.

Hannover hat eine ausgesprochen bunte Stadtteilkultur. Eine unüberschaubare Zahl von Stadtteilinitiativen bereichert die kulturelle Landschaft in den Stadtteilen. Auch bei veränderten Rahmenbedingungen soll das Netz an kulturellen Einrichtungen und Initiativen auf Stadtteilenebene erhalten oder verbessert werden. Dabei wollen wir auch neue Schwerpunkte setzen. Dazu gehört z.B. der Ausbau von Kulturangeboten für Kinder und Jugendliche. Neue Projekte wie „Hainholz macht Musik“ sollen Vorreiter auch für andere Stadteile sein.

## **10. Unsere Politik für Umwelt- und Klimaschutz – global denken, lokal handeln!**

Wir bekennen uns zu einer nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutzpolitik – auch auf der kommunalen Ebene. Unsere Umweltpolitik ist erfolgreich: Die Abfallmengen gehen kontinuierlich zurück, die Wassergüte der Fließgewässer hat sich gebessert, der Stromverbrauch ist leicht gesunken und die Stromerzeugung aus umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen ist deutlich auf inzwischen 32% gestiegen. Hannover ist mit vielen Aktivitäten wie z.B. der Gründung der Klimaschutzagentur und dem Pro-Klima-Fonds Vorreiter beim Klimaschutz. Viele Grünflächen bieten Erholung und prägen Hannovers Lebensqualität. Mit unserer Umweltpoli-

tik haben wir dazu beitragen, dass Hannover bei den Bürgerinnen und Bürgern als Stadt im Grünen mit hoher Umweltqualität gilt.

In der Umwelt- und Klimaschutzpolitik setzen wir vor allem auf folgende Schwerpunkte:

- eine umweltschonende Flächenpolitik,
- eine Beteiligung an der Gartenregion 2009,
- eine umweltfreundliche und selbstbestimmte Energiepolitik,
- eine kommunale Klimaschutzoffensive,
- eine umweltfreundliche Verkehrspolitik,
- weniger Lärm und Luftbelastung,
- eine Trinkwasserversorgung aus kommunaler Hand.

Das heißt für uns konkret:

## Umweltschonende Flächenpolitik

Hannover gilt zu Recht als eine Stadt im Grünen: 47 % der Stadtfläche sind Grünflächen. Dazu gehören die Eilenriede, der Tiergarten oder die Herrenhäuser Gärten ebenso wie die rund 20.000 Kleingärten. Rund 20 % der städtischen Flächen sind inzwischen als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen. Außerdem verfügt Hannover über 216 ha Naturschutzgebiete und 500 besonders geschützte Biotope. Diese Flächen sind wichtig für Erholung und die Lebensqualität Hannovers. Mit vielen Maßnahmen wie z.B. Renaturierung von Bachläufen oder dem Projekt „Stadt als Garten“ wurden neue Grünflächen erschlossen oder als Naherholungsorte entwickelt. Auf dieser Grundlage wollen wir auch in Zukunft eine umweltschonende Flächenpolitik betreiben und den Anteil an Grünflächen insgesamt halten.

Der wirtschaftliche Strukturwandel und die Aufgabe von Industrieflächen bieten für die Stadtentwicklung besondere Chancen. Wir wollen städtische Brachflächen gezielt für Familienwohnen und für wohnortnahe Erholungsflächen nutzen. Viele Brachen bleiben jedoch über Jahre zunächst ungenutzt. Wir wollen deshalb mit einem Brachenentwicklungsprogramm diese gezielt für eine vorübergehende Nutzung entwickeln. Flächen, die nur mit einem hohen Aufwand rekultivierbar sind, sollen gesichert und der natürlichen Entwicklung überlassen werden.

Kleingartenflächen betrachten wir nicht als Bauerwartungsland.

## **Beteiligung an der Gartenregion 2009**

Am Projekt „Gartenregion 2009“ der Region Hannover werden wir uns u.a. mit der weiteren Aufwertung der Herrenhäuser Gärten aktiv beteiligen.

## **Umweltfreundliche Energiepolitik in kommunaler Hand**

Wir wollen eine umweltfreundliche, eigenständige Energiepolitik. Deshalb lehnen wir weiterhin einen Verkauf der Stadtwerke Hannover AG ab. Die Stadtwerke haben sich im Wettbewerb der Energieversorger erfolgreich behauptet und haben mit Investitionen in Höhe von ca. 55 Mio. Euro und ca. 2.900 Beschäftigten eine wichtige Funktion als Auftraggeber und Arbeitgeber in der Region.

Wir wollen eine möglichst umweltfreundliche Energieerzeugung. Deshalb sprechen wir uns für den Bau kleinerer dezentraler Blockheizkraftwerken (BHKW) mit Kraft-Wärme-Kopplung als Ergänzung zu den bestehenden großen Werken in Stöcken, Herrenhausen und Linden aus.

Das Engagement der Stadtwerke in die Zukunftstechnologie „Brennstoffzelle“ gehört dazu und wird von uns nachhaltig unterstützt.

Außerdem werden wir zusammen mit den Stadtwerken und anderen Partnern eine Energiesparoffensive starten.

## **Kommunale Klimaschutzoffensive - 15.000 Wohngebäude energetisch sanieren**

Der Klimaschutz gehört zu den wichtigsten umweltpolitischen Aufgaben. In den vergangenen Jahren haben wir das Volumen der Treibhausgasemissionen deutlich senken können. Unser Ziel, eine Reduzierung um 25 % gegenüber 1990, haben wir aber noch nicht erreicht. Deshalb werden wir eine Klimaschutzoffensive starten.

Hannover soll eine der führenden Klimaschutzregionen in Deutschland werden. Die Klimaschutzagentur der Region Hannover, die rund 250 Unternehmen in der Region mit besonderer Klimaschutzkompetenz und der proKlima-Fonds mit einem jährlichen Volumen von mehr als 5 Mio. Euro, den wir auch in Zukunft fortsetzen werden, sind dafür die Basis.

Besonderer Schwerpunkt soll die energetische Sanierung von städtischen Gebäuden und Wohngebäuden sein. Wir wollen zusammen mit der GBH, den Wohnungsgenossenschaften, den privaten Hauseigentümern und der Handwerksammer eine Initiative starten mit dem Ziel,

bis zum Jahr 2011 rund 15.000 Wohngebäude energetisch zu sanieren. Hannover soll damit Vorreiter bei der Umsetzung des nationalen CO<sub>2</sub>- Gebäudesanierungsprogramms (jährliches Volumen 1,5 Mrd. €) sein. So wird das Motto „Global denken – lokal handeln“ konkret erfahrbar.

## **Umweltfreundliche Verkehrspolitik**

Hannover hat eine sehr gute Verkehrsinfrastruktur und eine hervorragende Anbindung für Pkw. Wir setzen auf eine umweltfreundliche Verkehrspolitik, die bewusst den Öffentlichen Nahverkehr fördert sowie Radfahren und Fußgänger unterstützt. Nur mit einem leistungsfähigen Nahverkehrssystem und gut ausgebauten Radwegen kann die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden. Wir wollen deshalb, dass die üstra in regionaler und kommunaler Verantwortung bleibt. Dazu gehören z.B. aber auch Vorrangschaltungen für Busse und Bahnen und die bestehende Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt. Weniger Autoverkehr ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch zur Entlastung von Lärm und Emissionen.

## **Weniger Lärm und Luftbelastung**

Lärm gilt bei Umweltmediziner\*innen als gravierendes Umweltproblem. Auch in Hannover ist Verkehrslärm ein Problem. Es ist bekannt, dass Lärm ein Kriterium auf dem Wohnungsmarkt ist, da Ruhe ein bedeutendes Merkmal für die Wohnungssuche ist. Einkommensschwache Bevölkerungsgruppen leben häufiger in lärmbelasteten und daher oftmals preisgünstigeren Wohnungen. Unter geschlechtsspezifischen Aspekten betrachtet, trifft dies besonders auf Frauen zu, vor allem Alleinerziehende.

Konkrete Untersuchungsergebnisse in Form von Lärmkarten liegen bereits vor. Wir werden auf dieser Basis Lärminderungspläne entwickeln und umsetzen. Dazu werden wir u.a. weitere Straßenbereiche vom Durchgangsverkehr entlasten oder für den LKW-Verkehr sperren.

Mit gezielten Maßnahmen wollen wir auch die Belastung einzelner Straßen durch Emissionen insbesondere Feinstaub mindern. Hier gibt es jedoch keine einfachen Lösungen. Deshalb setzen wir vor allem auf eine optimierte Verkehrslenkung und -steuerung (z.B. der Ampelphasen). Ferner wollen wir zusammen mit den Stadtwerken den Einsatz emissionsarmer Kraftstoffe wie z.B. Gas fördern.

## **Trinkwasserversorgung aus kommunaler Hand**

Wasser ist das Lebensmittel Nr. 1! Die Trinkwasserversorgung der hannoverschen Bevölkerung ist durch die Stadtwerke Hannover mit hoher Qualität auf Dauer gesichert. Derzeit gibt es Be-

strebungen, die Trinkwasser- und Abwasserversorgung zu liberalisieren und zu privatisieren. Wir sind der Meinung: Trinkwasser ist keine beliebige Ware, sondern gehört zur Daseinsvorsorge und darf deshalb nicht dem Gewinnstreben unterworfen werden. Eine Privatisierung der Trinkwasser- und Abwasserversorgung lehnen wir deshalb ab.

## **11. Solide Stadtfinanzen als Grundfundament unserer Politik**

Solide Stadtfinanzen sind für uns unverzichtbare Voraussetzung einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Kommunalpolitik. Wir werden deshalb sicherstellen, dass die Stadt auf der Grundlage solider Finanzen auch in Zukunft handlungsfähig bleibt und unseren Kurs der Haushaltskonsolidierung auch in Zukunft konsequent fortsetzen.

Mit den ersten vier Haushaltskonsolidierungsprogrammen (HKP I-IV) haben wir den städtischen Haushalt im Zeitraum 1994-2004 bereits um rund 386 Mio. Euro entlastet.

Mit dem im Jahr 2004 beschlossenen 5. Haushaltskonsolidierungsprogramm haben wir uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, den städtischen Haushalt bis zum Jahr 2007 um insgesamt 90 Mio. € zu entlasten. 60 Mio. € werden dabei allein durch Einsparungen und Aufgabenkritik im Verwaltungshaushalt erreicht.

### **Unsere Politik der konsequenten Haushaltskonsolidierung ist erfolgreich**

Durch unseren konsequenten Kurs der Haushaltssanierung und eine positive Entwicklung bei den Gewerbesteuererträgen konnte für das Rechnungsjahr 2005 sogar ein Überschuss von 44 Mio. Euro erwirtschaftet werden. Wir werden hart daran arbeiten, dass Hannover bei stabilen Rahmenbedingungen auch in den kommenden Jahren jahresbezogen einen ausgeglichenen Haushalt haben wird.

Die städtischen Beteiligungen haben wichtige strukturpolitische Bedeutung und sind keine finanzpolitische Verfügungsmasse. Die SPD steht zu den städtischen Beteiligungen. Sie sind wesentlicher Teil des „Konzerns Stadt“. Mit der Mehrheitsbeteiligung an der Stadtwerke AG sichern wir unseren Einfluss auf die Energieversorgung und stehen für eine auf Eigenerzeugung basierte kernenergiefreie, umweltfreundliche Energiepolitik. Mit der städtischen Wohnungsgesellschaft GmbH besteht ein hervorragendes Instrument zur sozialräumlichen Steuerung, mit dem wir günstigen Wohnraum auch für Sozial Schwache sichern, die Schwierigkeiten haben, am freien Markt gute und günstige Wohnungen zu finden. Mit der Beteiligung an der Messe AG sichern wir Hannover als attraktiven Messestandort und damit Umsatzeffekte für

Stadt und Region und tausende von Arbeitsplätzen. Auch die anderen Beteiligungen z.B. am Flughafen und an der üstra haben für Stadt und Region erhebliche strukturelle Bedeutung.

Kurzfristige „Befreiungsschläge“ durch den Verkauf gewinnträchtiger städtischer Beteiligungen lehnen wir deshalb ab. Dies gilt insbesondere für die Stadtwerke AG und die städtische Wohnungsgesellschaft GmbH. Der Verkauf von „Tafelsilber“ bringt zwar einmalig Geld in die „Kasse“, dauerhafte Gewinnabführungen fehlen dann aber. Beteiligungsverkäufe sind für uns keine Alternative zu einer konsequenten Sparpolitik.

## **Finanzielle Spielräume gezielt für Zukunftsinvestitionen und Schuldenabbau nutzen**

Wir werden auch in der neuen Ratsperiode an einer soliden Finanzpolitik festhalten. Finanzielle Spielräume werden wir vorrangig für ein kommunales Investitionsprogramm mit den Schwerpunkten Schulsanierung (s.o.) und Gemeindestraßen sowie zum Schuldenabbau nutzen. Wir wollen die Verwaltungsausgaben stabil halten und durch ein kommunales Investitionsprogramm das Investitionsvolumen deutlich erhöhen.

## **Schulsanierung als Schwerpunkt: Sanierung aller Schulen bis 2011**

Seit dem Jahr 2000 haben wir rund 150 Mio. Euro in die Sanierung von Schulen bereitgestellt. 75 Schulen konnten damit bereits saniert oder teilsaniert werden, dennoch besteht weiterhin bei vielen Schulen Sanierungsbedarf. Wir werden deshalb die Schulsanierung zum Schwerpunkt unserer Investitionen machen und auch mit Unterstützung von privaten Investoren im Rahmen von Public-Private-Partnerships in den nächsten fünf Jahren alle Schulen sanieren.

## **Qualität und Effizienz städtischer Dienstleistungen kontinuierlich verbessern**

Die Möglichkeiten über breit gestreute Einsparungen Handlungsspielräume zu erhalten, sind inzwischen weitgehend ausgeschöpft. Deshalb wird eine kontinuierliche Überprüfung der Aufgabenbereiche auch in der nächsten Ratsperiode notwendig sein. Wir wollen außerdem die Qualität und die Effizienz städtischer Dienstleistungen kontinuierlich weiterentwickeln.

## **Mit städtischen Zuwendungen fördern wir das Ehrenamt und sichern die soziale und kulturelle Infrastruktur**

Die städtischen Zuwendungen an soziale und kulturelle Einrichtungen und Sportvereine sichern einen wichtigen und unverzichtbaren Bestandteil der städtischen Infrastruktur und flankieren das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger. Wir werden das bestehende Volumen von rund 20 Mio. Euro auch in Zukunft absichern. Die Zuwendungen werden auf der Grundlage des Zuwendungscontrollings und unter Einbeziehung vergleichbarer städtischer Dienstleistungen in das Controlling noch besser gesteuert. Dadurch sollen gezielter die Maßnahmen gefördert werden, die für den Erhalt der sozialen und kulturellen Vielfalt in der Stadt erforderlich sind.

## **Wir brauchen die Gewerbesteuer als verlässliche Einnahmebasis**

Zentrale Voraussetzung für einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt ist auch eine stabile Einnahmebasis, insbesondere bei der Gewerbesteuer. Inzwischen können wir feststellen, dass die Maßnahmen der „alten“ SPD-geführten Bundesregierung zur Stabilisierung der Gewerbesteuer greifen. Wir fordern, dass die Gewerbesteuer als eigenständige kommunale Wirtschaftsteuer auch in Zukunft erhalten bleibt. Pläne zur Abschaffung der Gewerbesteuer bei gleichzeitiger Einführung eines kommunalen Hebesatzrechts bei der Einkommensteuer werden von uns strikt abgelehnt. Dies würde die Unternehmen entlasten und die Bürgerinnen und Bürger erheblich belasten. Wir werden die bestehenden Gewerbesteuerhebesätze in den kommenden fünf Jahren stabil halten.

## **12. Verwaltungsreform für die Bürgerinnen und Bürger vorantreiben**

Die Verwaltungsreform hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Für die zukünftigen Schritte soll sich das Leitbild der Stadtverwaltung weiter an der Kundenfreundlichkeit, der Mitarbeiterorientierung und der Wirtschaftlichkeit ausrichten.

### **Kundenorientierung weiter verstärken**

Die Stadtverwaltung entspricht in weiten Teilen einem Dienstleistungsunternehmen. Dies verpflichtet sie, den Servicegedanken weiter auszubauen. Die Verwaltung arbeitet aber auch für ihre

Einwohnerinnen und Einwohner, denn sie sind zu großen Teilen ihre Auftraggeber und Geldgeber. Hieraus ergibt sich eine Verpflichtung zur Kundenfreundlichkeit, die in verschiedenen konkreten Schritten sichtbar werden soll:

**Lernende Verwaltung:** Die Stadtverwaltung wird regelmäßig durch systematische Kundenbefragungen in allen Verwaltungsbereichen ihre Leistungen bewerten lassen. Ergänzt wird dies durch so genannte Testkunden, also Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht selbst zu einem bestimmten Verwaltungszweig gehören, die gebeten werden, aus der Bürgerperspektive den Service zu bewerten. Weiterhin sinnvoll sind Vergleiche mit anderen Städten (Vergleichsringe), um eigene Stärken und Schwächen zu ermitteln. Hiermit wird immer wieder am eigenen Qualitätsmanagement gearbeitet.

**Flexible Verwaltung:** Den besonderen Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner soll die Verwaltung weiterhin soweit wie möglich gerecht werden, beispielhaft durch die Reduzierung von Wartezeiten durch eine Umstellung von allgemeinen Öffnungszeiten auf ein System der Terminvereinbarung, wie es bereits in einigen Bereichen praktiziert wird. Grundlage dafür sind entsprechende Vereinbarungen über flexible Arbeitszeit. Die Vorteile einer solchen Umstellung lägen auch auf Seiten der Verwaltung und bei den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern, die sich gezielt auf die Belange der Kunden vorbereiten könnten.

**Moderne Verwaltung:** Die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie wird den Kontakt zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung verändern helfen. Das E-Government wird in allen servicerelevanten Bereichen der Stadtverwaltung neue Möglichkeiten eröffnen. Grundsätzlich sollen alle Formulare und notwendige Informationen über das Internet abrufbar sein. In Zukunft soll auch die direkte und interaktive Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern möglich sein. Darüber hinaus soll für Internet-Umfragen ein repräsentatives Panel aufgebaut werden, um schnell und zuverlässig die Meinung der Bürgerinnen und Bürger zu erfragen.

**Neubürgerinnen und Neubürger** sind herzlich willkommen in Hannover und sollen sich von Anfang an in ihrer neuen Stadt wohlfühlen können. Sie sollen umfassende Informationen und die Möglichkeit erster Bekanntschaften erhalten. Die Welcome-Groups des Freiwilligenzentrums stellen hierfür die beste Form dar. Durch Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Freiwilligenzentrum soll eine umfassende Beratung und der Anschluss an bestehende Welcome-Groups angeboten werden.

## **Mitarbeiterorientierung vertiefen**

Die Aufgabenerfüllung in jedem modernen Dienstleistungsunternehmen erfolgt wie in der Verwaltung mit qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Für die Stadtverwaltung besteht gegenüber ihren ca. 9.500 Beschäftigten eine Verpflichtung, ihnen zu ihrer guten Ausbildung die Möglichkeit ständiger Fortbildung zu geben. Ihre Vorgesetzten müssen mit Methoden moderner Personalführung arbeiten. Die Leistung entscheidet über Aufstiegsmöglichkeiten und Bezahlung. Diese in den vergangenen Jahren geschaffenen Grundlagen sollen zielstrebig fortentwickelt werden.

## **Wirtschaftlichkeit ausbauen**

Die Wirtschaftlichkeit der Stadtverwaltung und aller ihrer Bereiche steht stets von neuem auf dem Prüfstand. Dienstleistungen im öffentlichen Auftrage sind bei guter Qualität möglichst günstig zu erbringen, denn die Stadtverwaltung handelt im Auftrag und mit den finanziellen Beiträgen der Bürgerinnen und Bürger. Im Jahre 2010 wird das Neue Kommunale Rechnungswesen eingeführt. Damit verbunden ist eine flächendeckende Kosten-Leistungsrechnung zur Bewertung der Leistungen der hannoverschen Stadtverwaltung. Es handelt sich damit um die größte organisatorische und technische Herausforderung der kommenden Jahre.